

Neu im Vertrieb der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

JORGE NARVAEZ

RAFAEL MAROTO

TESTIMONIO DE UN
CURA
REVOLUCIONARIO



CHILE

Ediciones
del SUR

224 páginas A-5
una centena de
fotografías

DM 25,--

Ediciones del SUR
Lausanne 1986

Maroto, testimonio de un cura revolucionario, es un libro que plantea los problemas de la alianza espúrea pero legítima entre el Marxismo y el Cristianismo, tal como la ha vivido un sacerdote chileno, entre 1948 y hoy día. Enfrentado a los distintos momentos de la vida de la Iglesia chilena - y latinoamericana -, Rafael Maroto asume una actitud militante a partir del golpe de estado en Chile, transformándose en un combatiente más contra la dictadura. Su compromiso cristiano lo acerca al marxismo, hasta hacerlo vocero del MIR, de orientación marxista-leninista y postulante de la lucha armada. Rafael Maroto, se desempeña hoy día como Vice-Presidente del MDP, coalición de partidos de izquierda que agrupa al P.C. chileno, al MIR, al PS-Almeyda y a otras importantes fuerzas políticas. En la propia voz de su protagonista, nosotros conocemos en este libro la verdadera historia del proceso ideológico y la asunción de posiciones del Padre Rafael Maroto.

Bestellungen an: LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - Vertrieb
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

LATEINAMERIKA nachrichten

14. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Januar 1987

DM 4,50

155

GUATEMALA: Warten auf den Frieden



Aus dem Inhalt:

NICARAGUA: Menschenrechtsorganisationen / Kaffeebrigaden / Bundestreffen / **KOLUMBIEN:** CRIC / Menschenrechte / **CHILE:** Hungerstreik / **ARGENTINIEN:** Suche nach den verschwundenen Enkeln / »Schlußpunktgesetz« / **BRASILien:** Ernüchterung nach dem Wahlsieg

Editorial	3
Zum Tode von Ingeborg Drewitz	6
— GUATEMALA: Präsident gegen Dialog mit Guerrilla	8
— NICARAGUA: Menschenrechtsorganisationen in Nicaragua	12
Wieder Kaffeebrigaden nach Nicaragua	16
Nicaragua-Bundestreffen	25
— KOLUMBIEN: CRIC: Von der Notwendigkeit internationaler	
Solidarität	29
Zur Situation der Menschenrechte	39
— CHILE: Hungerstreik der politischen Gefangenen	42
Der MDP — zur politischen Lage	46
Nachruf für Roberto Parada	50
— BRASILIEN: Ernüchterung nach dem Wahlsieg	51
— ARGENTINIEN: Auf der Suche nach den verschwundenen	
Enkeln — Die »Abuelas de la Plaza de Mayo«	55
Mit dem »Schlußpunktgesetz« wird das Existenzrecht	
des Volkes aufs Spiel gesetzt.....	59
— USA: Die Weltbank als Indikator	62
— BRD: Interdisziplinäres Aufbaustudium	
»Dritte Welt« Universität Bremen	65
— REZENSIONEN: Wohin die DM rollt.	66
James Dunkerley, Der lange Krieg — eine Replik	68
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	71
— EINGEGANGENE BÜCHER	72

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 155
 Januar 1987
 Jahrgang 14 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174 - 6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Christian Klemke
 Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 13. November 1986

Abo-Preise:
 Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
 Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
 im Mehringhof
 Gneisenaustraße 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Editorial

Demokratie ist, wenn das Volk herrscht. Das haben wir alle mal gelernt. Das Volk läßt seine Vertreter Gesetze aufstellen, an die sich alle zu halten haben. Vor dem Gesetz sind nämlich alle gleich, ob Eierdieb oder Präsident. Doch halt, der Vergleich hinkt, Reagan hat ja von nichts gewußt (soweit wir bis heute wissen). Einige seiner engsten Vertrauten haben ihn hereingelegt und Gewinne aus dem Waffendeal mit dem Iran an die Contra weitergeleitet, obwohl der Kongreß militärische Hilfe damals verboten hatte. Reagan kommt damit gleich doppelt unter Druck: Einmal seitens derjenigen, die seine Anti-Terrorismus-Kampagne wörtlich genommen haben. Dabei ist er zum einen doch offensichtlich nicht gegen jeden Terrorismus, sondern nur gegen den der anderen, und zum anderen ist er nicht nur Schauspieler sondern auch Politiker. Und folglich muß er - wenn die Geostrategie es erfordert - auch mit Leuten reden, die sonst für den Teufel auf Erden gelten. Immerhin haben sie ihm ja damals den Sieg über Jimmy Carter beschert.

Der andere Druck kommt von denjenigen, die meinen, bestehende Gesetze müßten beachtet werden. Aber auch die sind bereit zu differenzieren. Zu weit nicht beachtet haben die Gesetze 'mal wieder die Kommißköpfe, Pointdexter und North. Eng genug nicht beachtet haben sie die Routiniers vom State Department. Schließlich gibt es keinen Paragraphen, der sie hindern könnte, daß Verbot des Kongresses zu umgehen, indem sie den Sultan von Brunei um die Knete für die Contras bitten, die der Kongreß verweigert. Diese Art, mit seinen Gesetzen umzugehen, scheint den Kongreß aber nicht weiter zu stören. Außenminister Shultz - während der Grenada-Invasion noch Schulter an Schulter mit North - ist vielmehr der Mann der Stunde.

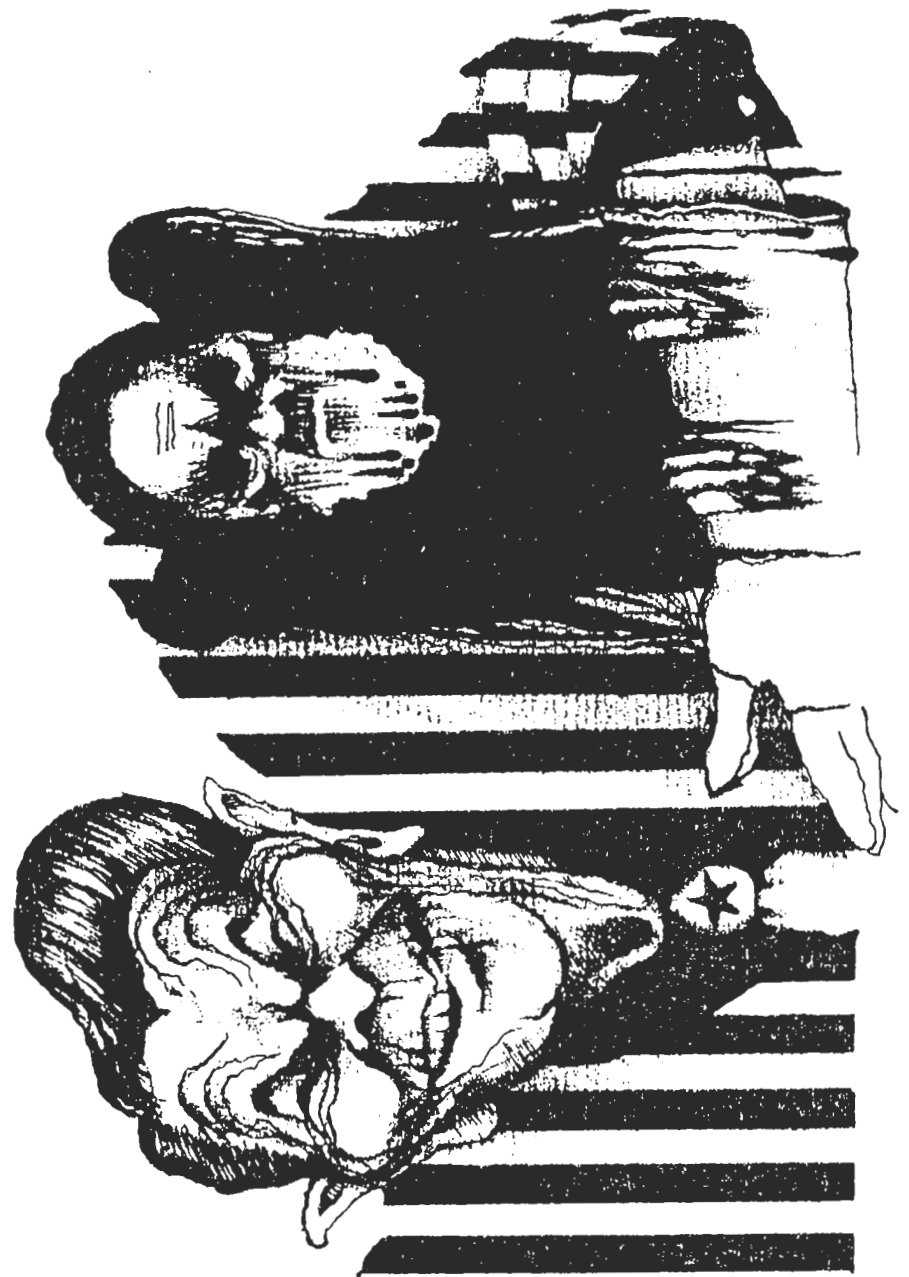
Aber keine Sorge, auch die, die etwas zu weit gegangen sind, fallen nicht ins gesellschaftliche Abseits. "Right or wrong - my country!" gewinnt wieder einen hohen Stellenwert in der US-Politik: Nach dem souveränen Umgang mit dem Völkerrecht, den die Regierung Reagan in den letzten Jahren gezeigt hat (unerklärter Krieg gegen Nicaragua, Grenada-Invasion, Libyen-Bombardierung), werden anscheinend auch in der Innenpolitik die Ziel-Mittel-Relationen neu überdacht. Da ist es symptomatisch, daß ein republikanischer Abgeordneter mit Blick auf North ein Gedicht von Rudyard Kipling zitiert, der sich außer mit dem niedlichen "Dschungelbuch" vor allem mit der Verherrlichung des britischen Imperialismus beschäftigte. Das trieb "Ollie" North die Tränen in die Augen und entriß der Nation einen Seufzer. Schließlich ist er ein Held, hat so tapfer in Vietnam gekämpft und so fein die Grenada-Invasion organisiert.

So schwer hat's die Bundesregierung nicht. Die Abgeordneten der Koalition sind fleißige Hilfstruppen der Regierung und werden sich

hüten, Gesetze zu verabschieden, auf deren Umgehung diese viel Energie verwenden müßte, die sie viel besser für die Vorlage neuer Bestimmungen einsetzen kann. Im Moment geht es um Terrorismus, wie in den USA, aber doch anders. Während Erika Mustermann meint, das Ziel sei, den Terrorismus als gesellschaftliches Phänomen zurückzudrängen, definiert der Bundestag per Abstimmung die Zahl der Terroristen schlagartig in die Höhe. Dies spiegelt allerdings nicht die Maxime "Viel Feind - viel Ehr!" wider, sondern den Versuch, soziale Bewegungen, die Militanz entwickeln, zu isolieren und die Auseinandersetzung zu polarisieren. Strommastfäller werden zu Terroristen, ihre Interviewer zu Hilfstruppen, Diskussionen darüber werden verboten (wie beim Anti-Atom-Kongreß in Regensburg). Weitere Gesetze in diese Richtung sind zu erwarten. Auch andere Aspekte des jüngsten bundesrepublikanischen politischen Alltags weisen auf diese Polarisierung hin: Massenverhaftungen in Göttingen, hartes polizeiliches Vorgehen gegen die abreisenden Nica-Brigadisten in Berlin, erneut lebenslänglich gegen Peter-Jürgen Boock; in Bayern soll neben dem Korpsgeist jetzt auch eine Prozeßkostenhilfe dafür sorgen, daß gewalttätigen Polizisten kein Schaden widerfährt.

Nur manchmal kommen noch Relikte aus der Zeit in die Quere, als das nationale Bewußtsein, das derzeit so kräftig aufgerüstet wird, noch stärkere Skrupel hatte und die von ihm durchdrungenen Volksvertreter Gesetze erließen, die unbequem sind. Wenn dann nicht der Normalfall der Ausnahmegenehmigung anwendbar ist, wie jetzt beim U-Boot-Blaupausenexport nach Südafrika, gibt es immer noch drei Strategien: man geht mit Blick auf die Zukunft offensiv damit um (Strauß), man denkt darüber nach (Kohl), Man weiß von nichts (Barschel). Da ein Waffenexport in den Apartheid-Staat aber im Gegensatz zum Umlegen von Strommasten nichts Terroristisches an sich hat - schließlich wurde nur gegen ein x-beliebiges Bundesgesetz und eine Handvoll Völkerrechtsnormen verstoßen - ist für die Verfolgung dieses Delikts im Rahmen der an sich natürlich begrüßenswerten Exportoffensive der bundesdeutschen Industrie nicht etwa die Bundesanwaltschaft sondern eine Oberfinanzdirektion zuständig.

Wenn Demokratie ist, wenn das Volk herrscht, finden wir, daß das Volk zur Zeit mal wieder ganz schön komisch herrscht.



Zum Tode von Ingeborg Drewitz

Es war ein Jahr nach dem Militärputsch in Argentinien 1976. Wir hatten einen Protestbrief an General Videla verfaßt, in der Hoffnung, den gerade entführten Schriftsteller Rodolfo Walsh noch irgendwie retten zu können. Wie immer in der Solidaritätsarbeit mußte es schnell gehen. Wir suchten Unterstützer. Das Telefon lief heiß. Ingeborg Drewitz unterschrieb selbstverständlich.

So lernte ich sie kennen: Sie war immer bereit mitzumachen, wenn es darum ging, für verfolgte Schriftsteller-Kollegen in aller Welt einzutreten.

Wenig später, im Spätherbst 1977, trafen wir uns auch persönlich. Wir hatten gerade eine Ausstellung für die Galerie 70 in Berlin-Charlottenburg fertiggestellt. Es war unsere erste Ausstellung, noch sehr stümperhaft in Grafik und Design, aber mit viel Phantasie und Spaß, Wut und Traurigkeit gemacht: "Argentinien WM'78 - Fußball und Folter". Einige Ausstellungstafeln waren argentinischen Schriftstellern gewidmet, die in die Verfolgungs- und Tötungsmaschine der Diktatur geraten waren, weil sie von der Wahrheit nicht lassen konnten: Haroldo Conti, Juan Gelman, Francisco Urondo. Mit 119 verhafteten und verschwundenen Schriftstellern nahm Argentinien damals "den ersten Platz ein unter den Ländern, in denen freier künstlerischer Ausdruck - sofern er sich kritisch mit der Wirklichkeit auseinandersetzt - mit Gefängnis oder Schlimmerem bedroht ist" (FDCL: Fußball und Folter, S. 90).

Ingeborg Drewitz war "Schirmdame" unserer Ausstellung. Der männliche Part, "Schirmherr" Ulrich Roloff, Präsident der Hochschule der Künste Berlin, hatte abgesetzt. Also blieb die Drewitz übrig, um die Ausstellung zu eröffnen. Als sie kam, waren wir erstaunt, daß sie gar nicht so aussah wie eine Schriftstellerin, eher wie eine unserer Mütter: unscheinbar gekleidet, zurückhaltend, aber sofort vertrauenerweckend. Und dann sprach sie in dem kleinen überfüllten Hauptraum der Galerie von Menschenwürde und Menschenrechten, von Menschlichkeit und Menschenliebe, von Wahrheit und Wahrhaftigkeit, von Widerrede und Widerstand.

Seit damals blieben wir in freundschaftlichem Kontakt zueinander. Mit Heinrich Böll und Erich Fried trat sie dem Beirat des Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika bei und dokumentierte so ihre emotionale Nähe zur Menschenrechts- und Solidaritätsarbeit mit Lateinamerika. Besonders verbunden fühlte sie sich den "Müttern der Plaza de Mayo". Sie bewunderte ihren Mut, ihr Durchhaltevermögen und ihre moralische Kraft. Noch im

Februar konnte sie auf einer Veranstaltung mit Hebe Bonafini, Präsidentin der "Mütter", im Haus der Kirche (Berlin-Charlottenburg), die weltweit beispielhafte gewaltfreie Bürgerrechtsarbeit der "Mütter" würdigen.

Aber sie war nicht nur in der Lateinamerika-Solidaritätsarbeit engagiert. Sie gehörte auch zu denjenigen, die sich entschieden gegen den atomaren Aufrüstungswahnsinn wandten. So konnte ich sie im Februar dieses Jahres schnell als Mitunterzeichnerin eines Aufrufs von "Berliner Christen" zu einer gewaltfreien Blockade des Atomraketendepots in Mutlangen gewinnen, die wir am 19. April durchführten.

Zuletzt trafen wir uns auf einem Friedenstreffen in der Charlottenburger Trinitats-Kirche, am 29. Juni. Neben Bettina Wegener, Dorothee Sölle und anderen sprach sie über die Aufarbeitung unserer Weltkriegsvergangenheit zwischen denen, die dabei waren, und den Nachgeborenen, die sich nicht auf die "Gnade der späten Geburt" (Helmut Kohl) zurückziehen wollen. Sie wirkte rastlos betroffen und rastlos unruhig, so als könnte sie versäumen, nicht genug getan zu haben. Sie wird geahnt oder gewußt haben, daß ihre Krankheit unheilbar war und daß sie nur noch kurz zu leben habe.

Die Sorge um die Zukunft der Menschen in unserer Republik hat sie verzehrt, weil da immer wieder gnädig spät geborene Ignoranten, Konjunktur-Ritter und bajuwarische Waffenhändler das Wort ergriffen, staatstragend selbstgefällig.

Ihnen setzte sie ihr Pflichtbewußtsein entgegen, die Pflicht zur Menschlichkeit, zur Wahrhaftigkeit, zum Engagement bis hin zum zivilen Ungehorsam.

Wir trauern um eine mutige und engagierte Bürgerrechtlerin.

Peter Kranz

9.12.1986

(ehemaliger Geschäftsführer des FDCL)

GUATEMALA

Präsident gegen Dialog mit der Guerrilla

"Ein Dialog mit der Guerrilla ist absurd", äußerte der guatemaltekeische Präsident Vinicio Cerezo am 6.11. in einem Kommuniqué der guatemaltekeischen Regierung. Gleichzeitig kündigte er einen "formellen Protest" seiner Regierung bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) an, die vom 10. bis 15.11. ihre Jahreskonferenz in Guatemala abhielt, wegen "Menschenrechtsverletzungen der Aufständischen".

Damit antwortete Vinicio Cerezo auf einen Offenen Brief des Oberkommandos der 'Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas' - URNG - vom 25. Oktober, in dem der Christdemokrat zum Dialog aufgefordert wurde.

Die URNG - ein Zusammenschluß der drei Guerrillaorganisationen EGP (Ejército Guerrillero de los Pobres), ORPA (Organización del Pueblo en Armas) und FAR (Fuerzas Armadas Rebeldes) - schlägt in ihrem Offenen Brief die spanische oder mexikanische Botschaft in Guatemala oder, falls Cerezo dies ablehnen sollte, Mexiko-City als Gesprächsort vor.

Noch während seiner Europareise Anfang Oktober erklärte der guatemaltekeische Präsident öffentlich seine Bereitschaft zum Dialog mit der Guerrilla. In Spanien sprach er sogar davon, es der revolutionären Bewegung zu überlassen, Ort und Zeitpunkt eines Treffens zu bestimmen.

Die erste Reaktion in Guatemala auf den Vorstoß der URNG war unterschiedlich. Während die ultrarechten Parteien jeden Kontakt mit der Guerrilla strikt ablehnten, äußerte sich die sozialdemokratische PSD positiv. Die Regierung Spaniens erklärte sich bereit, ihre Botschaft für den Dialog zur Verfügung zu stellen.

Guatemalas Erzbischof Próspero Penados del Barrio bot sich als Vermittler und die Räumlichkeiten der katholischen Kirche als Gesprächsort an. Vinicio Cerezo selbst verhielt sich abwartend, da "bislang noch keine offizielle Stellungnahme der Guerrilla" bei ihm eingegangen sei.

MILITÄRS GEBEN STICHWORT

Das Militär äußerte sich nicht zu dem Dialogangebot der URNG. Doch schon letzten September erklärte Verteidigungsminister General Jaime Hernández, daß er zwar die politische Entscheidung des Präsidenten respektieren würde, "doch das Militär unterstützt keinen Dialog mit den Aufständischen".

URNG - WARUM DIALOG?

Das Oberkommando der URNG betont in seinem Offenen Brief, daß die Deklarationen Vinicio Cerezos in Spanien, Frankreich und der BRD verwirklicht werden sollten und "damit die Basis für den Beginn eines Demokratisierungsprozesses im Lande geschaffen wird, den unser Volk dringend braucht, für den es gekämpft hat und weiter kämpfen wird."

Obwohl, so die URNG, in den 10 Monaten der Amtszeit des christdemokratischen Präsidenten die guatemaltekeische Gesellschaft ökonomische, politische und soziale Rückschritte erlitten hat, ohne daß die minimalen Voraussetzungen der Demokratie und Stabilität erreicht worden seien, "ist noch immer Zeit, die außergewöhnliche Möglichkeit zu nutzen und die Prinzipien der Demokratie in eine Sache des Volkes zu verwandeln".

Schon im Februar 1986 hatte Kommandant Pablo Monsanto, Mitglied des Oberkommandos, die Haltung der URNG zur Regierung von Vinicio Cerezo deutlich gemacht. "Falls diese Regierung ihre Versprechen einlösen sollte, werden wir nicht zu den Gegnern dieser Bemühungen zählen. Unsere Übereinstimmung ergibt sich aber nicht aus den Worten, sondern aus den Taten."

Die URNG fordert von Cerezo, als Bedingung für die Demokratisierung, die kurzfristige Verwirklichung folgender Maßnahmen: Restrukturierung von Polizei und Militär sowie Säuberung ihrer Führungsspitzen; Beseitigung der Verantwortlichen für die Morde, für Folter und Entführungen; Auflösung der Zivilpatrouillen und der Modelldörfer sowie Organisierungsfreiheit auf dem Lande. "Man kann kein demokratisches Regime errichten, das auf Terror aufbaut."

"Wir wiederholen unsere Position, die Schritte und Entscheidungen der Regierung in Richtung einer wahrhaften Demokratie zu unterstützen. Aber solange diese Veränderungen sich nicht abzeichnen, werden wir unter Ausnutzung aller denkbaren Möglichkeiten weiterkämpfen, solange dies erforderlich ist".

GUERRILLA ALS POLITISCHER FAKTOR

Mit der Bereitschaft zum Dialog, trotz der Absage von Vinicio Cerezo, hat sich die URNG als politisch ernstzunehmender Faktor erwiesen. Denn in Guatemala geht die Zeit der Erwartungen, die die Wahl der zivilen Regierung nach 16 Jahren Militärherrschaft mit sich brachte, vorbei. In der guatemaltekeischen Gesellschaft gibt es nur eine Gruppierung, die nicht unzufrieden mit den Christdemokraten ist: das Militär. Es ist zur Hauptstütze der Regierung Vinicio Cerezos geworden.

Die lokale Presse hatte in den letzten Monaten die Guerrilla mehrfach totgesagt oder auf kleine, versprengte Grüppchen reduziert. Erst kürzlich sprach Militärsprecher Fernando Cifuentes von "kleinen Resten, die durch die Berge irren". Die URNG gab jedoch be-

kannt, daß sie zwischen Januar und dem 15. September dieses Jahres dem Militär 480 Verluste, darunter Tote und Verwundete, beibrachte.

Militärisch haben die Militärorganisationen der URNG aus der Offensive der Streitkräfte seit 1982, die in Lateinamerika wegen ihrer Grausamkeit - vor allen unter der Zivilbevölkerung - ihresgleichen sucht, keine Einbußen hinnehmen müssen. Jetzt ist die URNG auch als politischer Machtfaktor im Gespräch.

In der ersten Novemberwoche erschienen die guatemalteckischen Tageszeitungen mit der Schlagzeile "6 Soldaten und ein Offizier von der Guerrilla umgebracht". Zum erstenmal seit Monaten meldete ein offizielles Kommuniqué der Armee Verluste im Kampf gegen die Guerrilla. Einheiten der EGP hatten bei einem Gefecht mit einer Kolonne des Militärs in der Nähe von Nebaj, El Quiché, insgesamt sieben Angehörige des Gegners getötet und weitere sieben verletzt.

Einen Tag nach dieser Pressemeldung gab Cerezo sein glattes Nein zum Dialog mit der Guerrilla bekannt. Er beschuldigte die EGP der Menschenrechtsverletzung, da die Soldaten zuerst gefangen genommen und später umgebracht worden seien, einige mit Gnadenschuß. Einem Soldaten seien sogar mit dem Bayonett in den Rücken die Buchstaben 'EGP' markiert worden. In einer Gegendarstellung dementierte die EGP umgehend diese Anschuldigungen.



Wo sind sie? Eine Demonstration in Guatemala-Stadt



Das Dialogangebot der URNG sei unglaublich, so der Präsident, "da die illegalen und terroristischen Aktionen weitergehen." Man könne zwar mit der Guerrilla sprechen, ein Dialog aber käme nicht in Frage. Ein solches Gespräch könne auch nur unter der Voraussetzung stattfinden, daß die Aufständischen die Waffen niederlegen und sich "in das politische Leben eingliedern"

Wie sehr dieses politische Leben noch immer von der Gewalttätigkeit des Militärs bestimmt wird, veranschaulicht ein Offener Brief der Guatemalteckischen Kirche im Exil - IGE - anlässlich der OAS-Konferenz an den Präsidenten Cerezo. Dort werden in einer langen Liste die zahlreichen Massaker und Übergriffe dokumentiert, die während der 10 Monate seit Amtsübernahme von Cerezo stattgefunden haben.

IGE klagt darin den Präsidenten an, "Komplize all dieser Tötungen, Massaker und Mißbräuche zu sein, ...denn Sie sind Generalkommandeur der Armee, fällen Entscheidungen und die Verbrechen Ihrer Armee sind Ihnen bekannt".

NICARAGUA

Menschenrechtsorganisationen in Nicaragua

Im propagandistischen Kampf der Rechten gegen die Sandinisten taucht als "Zeuge" für behauptete Menschenrechtverletzungen durch die nicaraguanische Regierung immer wieder einmal die 'Ständige Menschenrechtskommission' CPDH auf. Über ihre Arbeit schrieb uns Helmut Frenz den folgenden Bericht; Frenz war jahrelang Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international, er hielt sich im Rahmen der 'Ökumenischen Initiative für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika' im Oktober in Nicaragua auf.

Im Oktober 1986 habe ich zum dritten Mal die 'Ständige Menschenrechtskommission' (Comisión Permanente de Derechos Humanos - CPDH) besucht. Diese Kommission behauptet von sich selber, sie sei die einzige unabhängige Menschenrechtskommission in Nicaragua. Ihre Glaubwürdigkeit versuchen ihre Leiter mit dem Hinweis auf ihre Geschichte zu untermauern. Die CPDH wurde nämlich zu Somozas Zeiten gegründet. Sie hat damals viel für die politischen Gefangenen in den Gefängnissen Somozas getan; unter anderem hat sie sich für die Freilassung vom Tomás Borge eingesetzt. Dabei wird verschwiegen, daß die heutige CPDH überhaupt nichts mehr mit der damaligen Menschenrechtskommission unter Somoza zu tun hat. Außer dem Namen und der damit verbundenen guten Reputation hat die CPDH nichts mehr mit der ehemaligen Menschenrechtskommission gemeinsam, die sehr tapfer gegen die Diktatur Somozas gekämpft hat. Die Gründer dieser CPDH haben nämlich nach dem Sturz Somozas fast alle ein Amt in der sandinistischen Regierung übernommen und haben aus Gründen der Unvereinbarkeit von Regierungsamt und Menschenrechtsarbeit ihre Stellung in der Menschenrechtskommission aufgegeben. Die Präsidentschaft der CPDH hat dann José Esteban Gonzalez übernommen, der gleichzeitig Vizepräsident der Christlich-Sozialen Partei Nicaraguas gewesen ist. Für ihn waren Parteiamt und Menschenrechtsarbeit offensichtlich vereinbar, womit sich bereits damals die Abhängigkeit, Einseitigkeit und Parteilichkeit abzeichneten. Unter der Führung des Parteipolitikers José Esteban Gonzalez ist dann die CPDH in dem Maße eine antisandinistische Oppositionsorganisation geworden, wie die Christlich-Soziale Partei Nicaraguas mit kräftiger Unterstützung der Bonner CDU sich zu einer antisandinistischen Organisation entwickelt hat. Der jetzige Leiter der CPDH Lino Hernández hat offen zugegeben, daß sie finanzielle Unterstützung von der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten. In der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGMF regelmäßig die monatlichen Schriften der CPDH und meint offensichtlich, sich dadurch die eigene Untersuchung der Menschenrechtssituation in Nicaragua er-

sparen zu können. Inzwischen ist es auch ganz offensichtlich geworden, daß die CDU in den vergangenen Jahren die IGMF ganz systematisch als Parallelorganisation zu amnesty international aufgebaut hat, um nicht immer von den Aussagen amnestys abhängig zu sein. Auf diese Weise kann die CDU im Zusammenhang ihrer Mittelamerika-Politik auf ein Menschenrechtsinstrument zurückgreifen, das sie sich wenigstens teilweise selbst geschaffen hat.

Am Freitag, dem 10. Oktober 1986, berichtet Lino Hernández einer Gruppe von Theologen aus der Bundesrepublik Deutschland:

1. CPDH erhält monatlich im Durchschnitt 140 Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua. Dabei handelt es sich vornehmlich um Anklagen über Folter, Mord und Verschwindenlassen von Personen.
2. Verantwortlich für diese Menschenrechtsverletzungen ist vor allen Dingen die sandinistische Regierung, insbesondere der Apparat der Staatssicherheit unter Innenminister Tomás Borge.
3. Einige wenige Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung gehen auch auf Rechnung der antisandinistischen Contra.
4. Die Menschenrechtssituation in Nicaragua verschlechtert sich zunehmend und stellt sich heute dramatischer dar als zu Zeiten Somozas.
5. Die CPDH wird heute von der Regierung verfolgt wie damals unter Somoza; ein Beweis für die Unabhängigkeit und Entschiedenheit dieser Organisation.

In einer anschließenden Diskussion mußte Lino Hernández das Folgende zugeben:

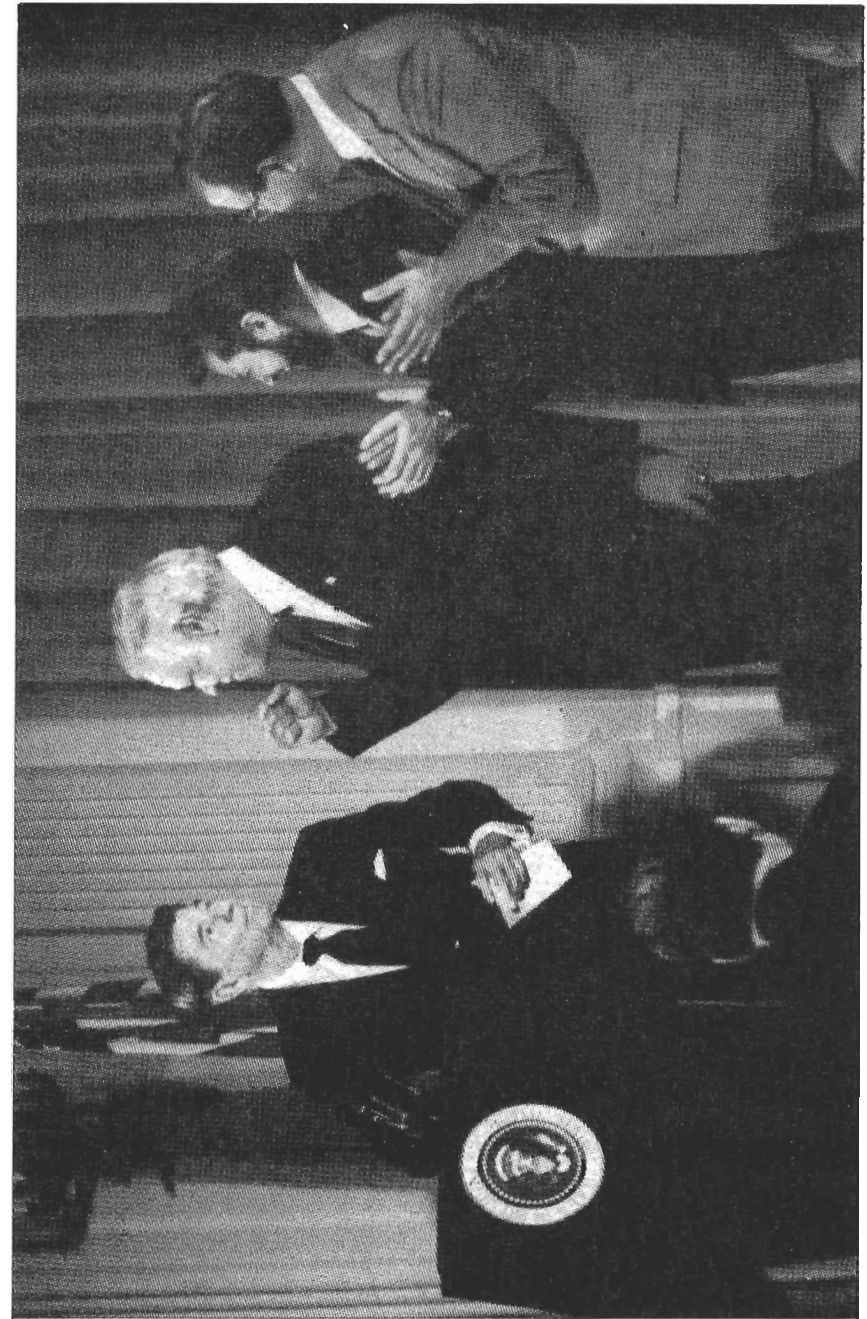
1. CPDH nimmt die Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen lediglich entgegen, leitet sie an die Regierung und an die nationale und internationale Öffentlichkeit weiter, ohne selber die vorgetragenen Fälle von Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen.
2. In Fällen von angeblich Verschwundenen berichtet CPDH niemals über all die von ihnen als verschwunden gemeldeten Personen, die inzwischen wieder aufgetaucht sind. Lino Hernández weiß, daß fast alle von der CPDH als "verschwunden" gemeldeten Personen wieder lebend und unverehrt aufgetaucht sind. Er kann auch nicht ausschließen, daß die immer noch "verschwundenen Personen" möglicherweise zur Contra nach Honduras oder Costa Rica übergelaufen sind. Dennoch summieren sie von Monat zu Monat die bei ihnen registrierten Fälle von "Verschwundenen".
3. CPDH weiß, daß die sandinistische Regierung bisher alle Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die vorgetragen wurden, von Gerichten untersucht worden sind. Das hat zu einer Vielzahl von Prozessen geführt, bei denen die verantwortlichen Militärs zur Rechenschaft gezogen und bestraft wurden. Dies bedeutet, daß Menschenrechtsverletzungen von der Regierung weder protegiert noch toleriert werden.
4. Da die Gruppe von Theologen aus der Bundesrepublik Deutschland sich noch weitere drei Wochen in Nicaragua aufhält und eine

Reihe von Gesprächen mit politisch hochrangigen Persönlichkeiten der Regierung geplant hat, bittet sie die CPDH um exakte Daten mit Namen und Anschriften von Personen, die angeblich verschwunden sind, bzw. gefoltert worden sind oder sich immer noch aufgrund willkürlicher Verhaftung in den Gefängnissen der Staatssicherheit befinden. Lino Hernández, der Leiter der CPDH, verspricht, eine solche Liste in den nächsten Tagen zu erstellen und den Theologen zukommenzulassen. Bis zum 5. November 1986 ist diese Liste nicht eingetroffen. Wie die Gruppe erfahren hat, ist dieses Versprechen auch anderen gemacht, aber niemals eingelöst worden.

In summa: Die CPDH ist keine unabhängige Menschenrechtsorganisation mehr, denn sie wird von Interessengruppen finanziert. Die CPDH stellt keine eigenen Untersuchungen über Menschenrechtsverletzungen an. Die CPDH manipuliert ihre Informationen durch Verschweigen wichtiger Tatsachen und wird so zu einem politischen Instrument, das in der ideologischen und moralischen Kriegsführung der US-Regierung gegen die sandinistische Regierung eingesetzt wird.

Es gibt in Nicaragua eine vom Staat eingesetzte und geförderte 'Nationale Kommission zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte'. Diese Kommission behauptet von sich selber in keiner Weise, unabhängig zu arbeiten. Die Arbeit der nationalen Menschenrechtskommission trägt weniger denunziatorischen als pädagogischen Charakter. Mit der Einrichtung dieser 'Nationalen Kommission zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte' will die sandinistische Regierung einer Verpflichtung nachkommen, die sie durch ihren Beitritt zu den Menschenrechtspakten von 1966 übernommen hat. In der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es nämlich: "... sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung dieser Rechte und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende Maßnahmen im nationalen und internationalen Bereich ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Verwirklichung bei der Bevölkerung ... zu gewährleisten."

Dieser Aufgabe entsprechend bemüht sich die Nationale Menschenrechtskommission um Aufklärungskampagnen unter der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Rechte, die sie gegenüber dem Staat hat. Dabei spielen dann nicht nur die individuellen Menschenrechte eine Rolle, sondern besonders auch die kollektiven Menschenrechte im Blick auf angemessene Gesundheitsversorgung, die notwendigen Bildungssysteme, wie auch das Recht auf Arbeit. Diese Kommission betont die Universalität der Menschenrechte und zeigt immer wieder den engen Zusammenhang zwischen individuellen und kollektiven Menschenrechten auf. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sollen sich gegenseitig ergänzen und unterstützen.



Reagan grüßt die Contra-Führer Adolfo Calero, Alfonso Robelo und Arturo Cruz

Wieder Kaffeebrigaden in Nicaragua

Am 2. und 3. Dezember flog die Kaffeebrigade "Todos juntos venceremos" nach Nicaragua. Nach dem Tod von drei weiteren ausländischen Aufbauhelfern, unter ihnen Bernd Koberstein aus Freiburg, Ende Juli '86, hatte der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega auf Druck der Regierungen von BRD, Schweiz und Schweden den Rückzug aller ausländischen Helfer aus den Kriegsgebieten angeordnet. Daß nun doch wieder Kaffeebrigaden nach Nicaragua gehen, nimmt der folgende Artikel zum Anlaß, das ursprüngliche Brigadenkonzept und das, was daraus in den letzten drei Jahren geworden ist, nochmals zu untersuchen.

Die Entscheidung der Sandinisten, alle ausländischen Helfer aus den Kriegsgebieten abzuziehen war ein harter Schlag für die Solibewegung, die sich zum Teil in den letzten drei Jahren aus ihrer traditionellen Form der Solidaritätsarbeit (Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit) gelöst und durch "praktische" Solidarität (Schulbau, Kaffeepflücken etc.) vor Ort ersetzt bzw. ergänzt hatte. Die Entscheidung der FSLN löste bei den Soligruppen und Aufbauhelfern große Verwirrung und Proteste aus. Sie sahen ihre gerade anlaufenden Projekte und Projektchen gefährdet und ihren Traum von Verwirklichung und Solidarität den Bach 'runter gehen.

1983 hatte sich die militärische Lage in Nicaragua zugespitzt. Die Contra hatte eine Großoffensive gestartet. Die Überfälle und Zerstörungen von seiten der Contra häuften sich: u.a. wurden Mais- und Tabakfelder abgebrannt, Produktionsstätten und Verwaltungsgebäude, Gesundheitszentren und ganze Dörfer überfallen und abgebrannt, der Hafen von Corinto vermint, die Ernte war in Gefahr... Die Gerüchte um eine US-amerikanische Intervention verdichteten sich, noch dazu nach dem Einmarsch US-amerikanischer Truppen in Grenada im Herbst 1983.

In dieser Zeit kamen nordamerikanische christl. Gruppen und hielten Mahnwachen entlang der nicaraguanischen/hondurenischen Grenze, um als Hemmschwelle zu fungieren, damit die US-Regierung erst ihre eigenen Staatsbürger umbringen müßte, bevor sie Nicaragua "niedermachen" könnten.

In Europa entstand die Idee, Arbeitsbrigaden in die Kriegsgebiete zu entsenden, um die von den Contras zerstörten Gebäude wieder zu errichten. Internationale Erntebrigaden sollten ebenfalls in die Kriegsgebiete gehen und dort Kaffee pflücken, wo die Contra ihr Unwesen trieb und die Kaffee-Ernte nicht mehr eingebracht werden könnte. Hintergrund dieser Brigadenkonzeption war, durch massenhafte Präsenz von Ausländern (vor allem aus Ländern mit US-freundlichen Regierungen) einen Schutzwall darzustellen, um eine US-amerikanische Intervention zu verhindern. Sowohl durch ihre praktische Solidarität und Anwesenheit in Nicaragua als auch parallel dazu in den eigenen Ländern durch Öffentlichkeitsarbeit

den rechtslastigen Medien etwas entgegenzusetzen und auf den schmutzigen Krieg von Seiten der US-finanzierten Contras aufmerksam zu machen, waren die Ziele dieser Aktion.

Die Sandinisten hatten auf das Angebot einer massenhaften Präsenz von Soligruppen eher zurückhaltend reagiert. Ihnen wären einzelne ausgewählte Gruppen, evtl. mit viel Prominenz und großer Pressewirksamkeit, lieber gewesen. Doch als sich im Herbst 83 die Lage in Nicaragua verschlimmerte, akzeptierten die Sandinisten schließlich den Solidaritätsvorschlag, und Massen von solidaritätswilligen Helfern jeglicher Couleur strömten nach Nicaragua. Und was gab es da für die Nicas nicht alles zu sehen: Männer mit Ohrringen, Langhaarige, Punks mit grünen Haaren oder Irokesenschnitt, Latzhosen, kurze Hosen, Mini, Bikini... Die Nicas wunderten sich und belächelten diese "verrückten" Ausländer. Aber sie akzeptierten dieses bunte Volk; waren diese Menschen doch solidarisch mit ihnen und bauten ihnen Schulen und brachten Geschenke mit. Nicaragua wurde zum neuen Reiseland. Viele, von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit hierzulande gefrustet, machten sich auf nach Nicaragua, um dort ihre Träume zu verwirklichen, initiierten ihre privaten Projektchen, bauten Schulen und Werkstätten für Leute, die sie persönlich kennen- und schätzengelernet hatten. Oft wurde die organisatorische Abwicklung gar nicht mehr auf der Ebene der FSLN abgestimmt.



Dies hatte jedoch verschiedenste Auswirkungen: Zum einen drohte sich durch diese gut gemeinten Hilfsaktionen von seiten dieser Nicaragua Wohlgesonnenen eine Art Neokolonialismus zu entwickeln. Nach dem Motto, wer das Geld hat, bestimmt wo es lang geht. Jeder kommt mit anderen Ideen und weiß es besser. Dies hat jedoch auch zur Folge, daß ein Run auf Ausländer besteht und in jedem Ausländer ein potentieller Schulenbauer, Werkstattbauer, Geldgeber oder Geschenkebringer gesehen wird. Dies hat auch zur Folge, daß aufgrund der kriegsbedingten Sparmaßnahmen der Regierung soziale Projekte leichter gestrichen werden, mit dem Hinweis, sich doch Finanzierung aus dem Ausland zu beschaffen.

Andererseits kann man es den Nicaraguanern nicht verdenken, wenn ihnen die Massensolidarität zu viel wird. Überall im Land wimmelt es von Ausländern, die ständig Fragen stellen, alles besser wissen und anders machen würden.

Wenn nun auch noch die politische Variante hinzu kommt, daß die Internationalisten zunehmend Opfer von Contra-Überfällen werden und ihre Regierungen, wie z.B. die Bundesregierung, den Sandinisten die Schuld an diesen Vorkommnissen und dem Contra-Krieg geben, werden die Internationalisten immer mehr zur Last. Kein Wunder, wenn die nicaraguanische Regierung dem Druck der Regierungen von Spanien, Schweden, der Schweiz und auch der Bundesrepublik nachgibt, die ausländischen Helfer aus den Kriegsgebieten abzieht und in den Städten konzentriert. Das bedeutet, daß damit viele Projekte "gestorben" sind. Es hagelte Proteste von seiten der solidarischen Unterstützer gegen diese Entscheidung. Den Sandinisten wird der Vorwurf gemacht, sich zu schnell den unangebrachten Forderungen unterworfen und nachgegeben zu haben, sowie vorschnell Konzessionen zu machen, um nicht eine mögliche Unterstützung dieser Länder und vor allem der SI (Sozialistischen Internationale) zu verlieren.

Einige wenige Projekte in den Krisengebieten sind weiterhin genehmigt worden. Doch zahlreiche Internationalisten sind abgereist, fast beleidigt und enttäuscht darüber, daß Nicaragua ihre Hilfe "zurückgewiesen" hat, daß Nicaragua eine andere Vorstellung von Solidarität und Unterstützung hat.

Hier in der BRD geht es weiten Teilen der Solibewegung darum, in diesem Zusammenhang, in diesem Konflikt die Rolle der Bundesregierung aufzuzeigen, die Nicaragua weder positiv gesinnt ist, noch sich aus dem Konflikt heraushält, sondern als Natoverbundete aktive Interventionspolitik macht. Sie hält der USA den Rücken frei, damit politische Destabilisierung z.B. der nicaraguanischen Regierung oder Diskreditierung von Befreiungsbewegungen, z.B. der FMLN in El Salvador, erreicht werden. Sie ist es, die den Konflikt in Zentralamerika weiter schüren hilft, indem sie Guatemala Polizeihilfe gewährt und die Entwicklungshilfe für El Salvador wieder aufgenommen hat, während sie die Hilfe für Nicaragua verkümmern läßt. Bundesbürger, die Nicaragua unterstützen, werden, wie man

rings um die Entführung der acht Brigadisten im Mai 86 feststellen konnte, kriminalisiert. Vor Reisen nach Nicaragua wird gewarnt, anstatt daß die Bundesregierung in Washington bei den Verantwortlichen für den Terror gegen Nicaragua interveniert.

Die Sandinisten dagegen, zumindest der gemäßigte Flügel, wollen gut Freund sein mit allen. Sie suchen Unterstützung, wo sie sie kriegen können, und machen dafür sehr leicht Zugeständnisse. Sie können und wollen das Anliegen der Solibewegung und ihre Weigerung mit Regierungsparteien zusammenzuarbeiten, nicht verstehen und akzeptieren. Dies hat sich auch wieder beim Bundestreffen im November in Berlin gezeigt. Patricia, Vertreterin des CNSP (Komitee der Solidarität mit den Völkern) und der FSLN, wurde zu ihrer Meinung befragt bezüglich der ablehnenden Reaktion des nicaraguanischen Botschafters in Bonn, Heberto Incer, als bei der Friedensdemonstration am 4. November 1984 in Bonn Willy Brandt als Sprecher der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung reden wollte und von Mitgliedern der Solibewegung als unqualifiziert und nicht repräsentativ beschimpft und mit Tomaten beworfen wurde. Patricia stimmte der ablehnenden Haltung des Botschafters zu: "Wenn ihr Tomaten werfen wollt, dann macht das, aber nicht im Namen von Nicaragua.", und sie wies darauf hin, daß Solidarität mit Nicaragua und Konflikte um Politik hier in der BRD zwei total unterschiedliche Sachen seien.



Trotz des Abzugs der Ausländer aus den Kriegsgebieten fahren dieses Jahr wieder solidarische Kaffee-Pflücker nach Nicaragua. Dieser Ernteeinsatz wurde ausdrücklich vom CNSP (Komitee der Solidarität mit den Völkern) genehmigt und mit dem Informationswuppertal abgesprochen. Bei der Verabschiedung der Brigadisten in Berlin parallel zum Bundestreffen erklärte Patricia vom CNSP nochmals ausdrücklich, daß man für die ausländischen Brigadisten ungefährliche Gebiete ausgesucht hätte. Sie forderte die Brigadisten auf zur Disziplin, die sich nicht nur auf das Pflücken beziehe, sondern auch darauf, die Anweisungen der Sandinisten strikt zu befolgen, z.B. ohne Genehmigung auch nicht kurzfristig das Gebiet zu verlassen, sich nicht von der Gruppe abzusondern und auf eigene Faust in Nicaragua zu reisen und nach Ablauf der zwei Monate Brigadenzeit wieder gemeinsam zurückzufliegen. Die Sandinisten müßten für die Sicherheit der Brigadisten garantieren, so müßten sich die Brigadisten auch an die Anweisungen halten.

Bei einigen freiwilligen Helfern wurden bei den Worten "Disziplin" und "Anweisungen" die hoffnungsfrohen, gespannten Gesichter immer länger. Es war keine homogene Gruppe, die nach Nicaragua zum Ernteeinsatz flog. Wie sich schon in der Vorbereitungszeit und nun beim Bundestreffen, als es um eine gemeinsame Presseerklärung und darum, ob schwarz getauscht werden wollte oder nicht, ging, gezeigt hatte, gab es keine einheitliche politische Linie, sondern ein Sammelsurium an Motivationen für eine kaffeeepflückende Solidarität und ebenso vielfältige Meinungen darüber, mit wem man nun eigentlich solidarisch sei, mit dem Volk, mit den Sandinisten, mit der revolutionären Idee....

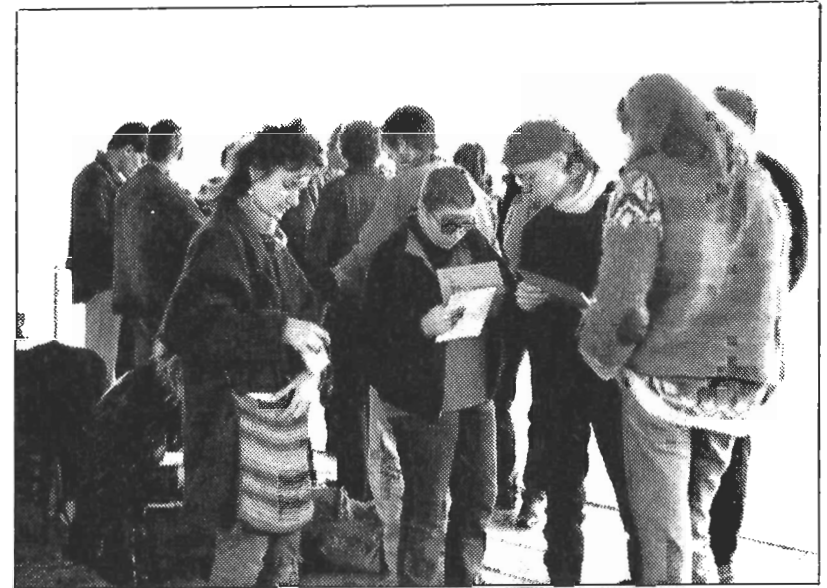
Die Situation in unserem Lande werden die Brigadisten noch in bleibender Erinnerung behalten, auch wenn sie im fernen Nicaragua weilen. Einen Tag vor ihrem Abflug verteilten ca. 100 von ihnen sowie Mitglieder von Nicaragua-Solidaritätsgruppen in West-Berlin vor dem US-Headquarter Flugblätter. Diese friedliche Aktion, die einen kleinen Auflauf vor dem Headquarter provoziert hatte, stieß bei einigen Autofahrern auf Mißfallen, und rücksichtslos preschten sie in die Menge. Ein Autofahrer prügelte auf die Demonstranten ein. Bei dem darauffolgenden Handgemenge, bei dem die Demonstranten versuchten, sich zur Wehr zu setzen, sah die Polizei tatenlos zu. Erst später, als die Demonstranten schon mit der U-Bahn nachhause fahren wollten, schritt die Polizei ein. Sie stoppte den Zug, griff willkürlich und brutal aus der Menge der Fahrgäste mehrere Personen heraus und führte sie ab. Der Zug fuhr unter Polizeischutz weiter. Die Pressestelle der Polizei rechtfertigte die Aktion: Es sei notwendig gewesen, um Täter festzunehmen. Die Demonstranten hätten mit ihrer Aktion vor dem Headquarter die Bannmeile verletzt, Flugblätter verteilt, Farbbeutel und vereinzelt Steine geworfen. Auf einer anschließenden Pressekonferenz im Mehrringhof anläßlich der Verabschiedung der Kaffeebrigaden, wurde von Teilnehmern der Demonstration jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Aktion vollkommen friedlich gewesen sei. Die

festgenommenen Kaffeebrigadisten und ihre Freunde wurden bis zum Abend wieder freigelassen. Nun stand ihrer Reise nach Nicaragua nichts mehr im Wege.

"TODOS JUNTOS VENCEREMOS"

Am Rande des Bundestreffens vor ihrer Abreise befragte ich einige der Brigadisten nach ihrer Motivation, ihren politischen Vorstellungen. Im folgenden einige Ausschnitte aus den vielfältigen Antworten des Gesprächs:

- Mein Grund dahinzufahren, ist in meiner individuellen Geschichte zu finden, die darin liegt, daß ich hier nicht mehr weiter gekommen bin und einfach aus diesem Frust heraus dahin kommen wollte, wo ich konkret etwas tue, was eine konkrete Wirkung hat. Der Unterschied zu einer Art Alternativtourismus ist, daß man konkret an einer Stelle eingebunden ist, mit Leuten zusammenarbeitet und mit ihnen auf eine viel offenere Art in Kontakt kommt.



Kaffeebrigadisten vor dem Abflug am 3.12.1986

- Ich habe einen Grund, der für mich alleine zutrifft. Ich komme aus einem sozialistischen Land, aus der DDR, und habe dort eine Menge Frust erlebt und bin da auch weggegangen. Jetzt bin ich hier in einem kapitalistischen Land, da wollte ich gar nicht sein. Ich bin gegen den Kapitalismus, aber ich wollte in dem sozialistischen Land nicht mehr bleiben. Nun möchte ich mir eine sozialistische Revolution, wie sie in Nicaragua war, von nahem ansehen, weil ich das nie erlebt habe, denn in der DDR war es keine Revolution, und ich habe die Hoffnung, daß es anderso anders, besser funktio-

nieren kann, mit anderen Menschen. Vielleicht kann ich in Nicaragua meinen Frust, den ich bei dem Wort Sozialismus habe, wieder loswerden. Es wird bestimmt schwierig sein, weil diese Disziplin, diese Worte, da wird mir richtig schlecht, weil ich das jahrelang machen mußte.

- Ich habe mich jahrelang mit Nicaragua auseinandergesetzt und jetzt kommt der Punkt, wo ich einfach mal da hinfahren wollte, um das anzusehen. Als jemand, der in einem Industrieland aufgewachsen ist und deshalb auch eine bestimmte Position hat. Ich will hier etwas verändern. Ich werde hierher zurückkehren und hier leben und hier etwas verändern, durch mein Verhalten und durch mein Erzählen darüber. Ich fahre nach Nicaragua, weil da ein Versuch gemacht wurde, was zu verändern. Und das will ich hier berichten und Öffentlichkeitsarbeit machen. Auf der anderen Seite will ich dem Brigadekonzept treu sein und als Internationalist möglicherweise eine Hemmschwelle für eine Intervention vonseiten der USA darstellen.

- Es gibt für mich zwei Welten: Norden und Süden. Und es ist reiner Zufall, glücklicher Zufall, daß ich im Norden geboren bin. Bisher war ich als Tourist zweimal in der Dritten Welt gewesen und habe gemerkt, daß da irgendetwas nicht stimmt, auf einer Seite fressen sie sich übersatt, auf der anderen Seite haben sie nichts zu essen. Ich habe ein paarmal versucht, in der Dritten-Welt-Hilfe etwas zu machen. Zwei Probleme habe ich dort angetroffen: 1. Habe ich keine Religion, und die meisten Hilfswerke sind konfessionell, und 2. habe ich keine gescheite Ausbildung. Da habe ich diese Lücke gefunden, nach Nicaragua zu gehen und da etwas zu machen. Denn ich halte es für unverschämt, als gesunder Mensch der nördlichen Seite, nichts für die Dritte Welt zu machen. Das ist für mich unterlassene Hilfeleistung.

Nach den Erfahrungen der Brigade im Mai in Jacinto Vaca muß man damit rechnen, auch von der Contra überfallen und entführt zu werden. Wollt Ihr dann von der Bundesregierung befreit werden?

- Nein, weil es ja auch ein Protest gegen die Bundesregierung ist, die die Contra unterstützt. Und wenn da wirklich ein Notfall ist, kann ich mich nicht von der Regierung, die ich ablehne und gegen die ich eigentlich bin, befreien lassen. Das ist für mich ein Widerspruch.

- Ich will und werde auf jeden Fall alles mögliche einsetzen, um da wieder rauszukommen. Das ist klar. Aber ich gehe davon aus, daß uns nichts passiert.

- Wenn sich so eine Situation ergeben würde, wäre ganz klar, daß ich, bevor ich mich da abknallen lasse oder gar nichtspassiert, schon darauf hoffen würde, daß irgendwer, der Einfluß hat, für uns etwas tun würde. Aber generell würde es mir schon darum gehen, wie es bei der Entführung von den acht Leuten im Sommer für mich

deutlich geworden ist, daß klar gemacht wird, wer die Verantwortlichen sind, wer mit solchen Leuten am Tisch sitzt, wer mit solchen Leuten verhandelt.

- Ich bin ganz sicher kein Held. Und in dem Augenblick, wo ich von der Contra gefangen gehalten werde, bin ich dafür, daß alle Wege gegangen werden, um mich da wieder rauszuhauen, und wenn olle Wischnewski da wieder runter fahren muß. Das ist mir ehrlich gesagt in dem Augenblick nicht mehr so wichtig. Da bin ich egoistisch.

- Die Forderung und das Interesse von den Leuten, die damals entführt worden sind, daß die da rausgeboxt werden, kann ich aus der Situation schon verstehen. Denen war das mit Sicherheit, soweit ich das mitgekriegt habe, eher unangenehm. Und das war auch nicht so dieses großartige Bedanken bei der Bundesregierung, wie das hier so dargestellt worden ist. In so einer Situation versucht man eben zu retten, was zu retten ist, und das ist ein legitimer Anspruch. Aber es ist meist eher ein Appellcharakter an die Bundesregierung. Die Solibewegung dagegen muß den gesamtpolitischen Zusammenhang sehen und in so einer Situation aufzeigen. Sonst gehen über dieses Appellieren an die Bundesregierung die ganzen politischen Inhalte verloren.



Besetzung des Bundeshauses in West-Berlin am 22.5.1985

In den letzten Wochen gab es viel Aufruhr in der Presse um Brigadisten, die hier als Wehrdienstverweigerer anerkannt sind, in Nicaragua aber im Verteidigungsfall zur Waffe greifen würden. Wie würdet Ihr reagieren, wenn euch die Contras angreifen?

- Ich habe eine Schießausbildung bei der GST (Gesellschaft für Sport und Technik, eine paramilitärische Organisation zur Vorbereitung auf den Wehrdienst, auch für Frauen in der DDR Pflicht) gemacht. Ich habe es damals abgelehnt, auf irgendetwas zu schießen, aber wenn es notwendig ist, werde ich es tun und auf jeden Fall das wo wir sind, dort, und auch mich verteidigen, wenn Not am Mann oder der Frau ist. Ich bin zwar eigentlich mal Pazifistin gewesen, aber in dem Fall wäre es wirklich notwendig.

- Ich sehe nicht, daß wir in Nicaragua besonders gefährdet sind, das ist so in jedem Dritte-Welt-Land. Aber wenn mir was passieren sollte, würde ich das schon schade finden, denn ich hänge am Leben. Aber andererseits, wenn ich jemanden sehe, der ertrinkt, kann ich mir kaum vorstellen, daß ich vom Ufer aus zuschaue, sondern dann springe ich rein. Das erste ist, reinspringen und den 'rausholen. Überall ist Gefahr. Um mich gegen die Contras zu verteidigen, ja da würde ich schon ein Gewehr nehmen, aber ich würde lieber mit den Fäusten kämpfen, das ist weniger gefährlich.

- Ich würde mich, auch wenn unmittelbare Gefahr besteht auch nicht darauf einlassen, eine Waffe in die Hand zu nehmen, weil ich keine Ausbildung habe und weil ich nicht genügend Spanisch kann, um in so einer Situation richtig reagieren zu können, so daß ich zum Beispiel 'Feuer' verstehe und schießen würde und dabei sollte ich gar nicht feuern. Aber andererseits habe ich da schon ein ungutes Gefühl dabei, wenn Leute für mich den Kopf hinhalten und dabei draufgehen können. Ich will mich aber nicht auf so ein pazifistisches Ding zurückziehen und sagen: Ich nehme keine Waffe in die Hand, wenn ich genau weiß, die da draußen können verrecken. Aber ich würde es erstmal realistisch einschätzen, daß ich keine große Hilfe wäre, sondern eher eine Gefahr in der Situation, wenn ich, aus so einem Anspruch heraus, daß ich mich nicht verteidigen lassen will, mich mitbeteiligen würde an der Verteidigung. ...

...

Nicaragua-Bundestreffen

Vom 28. bis 30. November fand in West-Berlin das Bundestreffen der Mittelamerika-Solidaritätsgruppen statt, die sich mit dem Informationsbüro Wuppertal e.V. verbunden fühlen. Neben der Generaldebatte zum Thema "Selbstverständnis" mit dem Untertitel "Zustand der Soli-Bewegung und wie geht's weiter?" wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen Einzelprobleme zur Diskussion gestellt; so die Situation in anderen mittelamerikanischen Ländern, die nicaraguanische Wirtschafts- und Innenpolitik und die künftigen Schwerpunkte der hiesigen Arbeit.

Egal, wie die Arbeitsgruppe heißen mochte, in Wirklichkeit ging es den meisten Teilnehmern/innen um das Eine: die Frage nach der "Solidarität". Sie war im Vorfeld des Treffens wochenlang in den Komitees debattiert worden und hatte eine Fülle schriftlicher Beiträge hervorgebracht, die einzeln und auch gruppenweise verfaßt im Rundbrief der Informationsstelle und im IDES (Informationsdienst El Salvador, West-Berlin) erschienen.

Man und frau erwarteten nach dem Vorspiel einen argen Streit, denn die Veröffentlichungen sparten nicht an gegenseitigen Vorwürfen und Unterstellungen, wobei jede/r meinte, die anderen hätten sie bzw. ihn vollkommen falsch verstanden. Schließlich war dann aber klar, daß es zumindest zwei konträre Positionen gab:

Den Standpunkt der "Berliner", d.h. der IDES-Redaktion, an ihrer Spitze der Genosse "Gü", der die Debatte mit dem Beitrag "Für 'ne neue Bewegung" im IDES 310 eröffnet und geschrieben hatte: "unsere aktuelle Schwäche ist nur so zu erklären, daß die politischen Fraktionen der außerparlamentarischen BRD-Opposition, die Anti-AKW-Bewegung, die Startbahnleute etc., sich von unserer Art Solidarität abgewandt haben. Unsere neuen Bündnispartner, die Grünen, Teile der Gewerkschaften etc. haben nur wenig Interesse an einer breiten politischen Diskussion über eine Reaktivierung linksradikaler Politik in der BRD, die eine radikale linke Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik 'unserer Befreiungsbewegungen' ebenso zum Thema hat wie den Versuch, unser jeweiliges Abgleiten in einzelne politische Teilbereiche rückgängig zu machen."

Und es gab den Standpunkt anderer West-Berliner/innen, die wie die Gruppen in Stuttgart, Göttingen und Hamburg sowie das Info-Büro Wuppertal erklärten, daß "Gü" zu einseitig sei und sich die Bewegung auch in Kirchen- und SPD-Kreise verbreitern könne, ohne dabei automatisch weniger radikal zu sein. Sie forderten auf verschiedene Art und Weise mehr Aktionen nicht nur für Nicaragua, sondern für ganz Mittelamerika, und glaubten, dies sei auch als "Teilbereichsarbeit" zu machen, denn alle wüßten, daß das "Ganze" der Kampf gegen den Imperialismus sei.

Die Diskussion verlief dann ohne große Leidenschaft, als sei der Dampf schon in den schriftlichen Äußerungen abgelassen worden, es kam auch kaum ein neues Argument hinzu, vielmehr schien es, als habe jemand eine alte Platte aufgelegt, die schon viele Kratzer hat. Auch als sich "die Berliner" bemühten, das Ganze vielleicht dadurch zu beleben, daß sie das zweite Thema ihres Beitrags, die Kritik an der FSLN, in die Debatte warfen, kam kein Schwung auf, denn die, die sich ohnehin einig waren, nickten stumm, und die Mehrheit, die es falsch fand, zuckte höchstens mit den Schultern, so als ob es sich nicht lohne, nochmals zu erklären, daß es ihrer Meinung nach nicht das Geschäft der Solidaritätsbewegung sei, zu fragen, wo und wie und was die Sandinisten an großen und kleinen Fehlern begehen. Das Hamburger Nicaragua-Komitee hatte zu diesem Punkt an "Gü" geschrieben: "Die Tatsache, daß die Frage nach der Selbstreflexion so zentral geworden ist, macht noch einmal deutlich, was uns allen schon bewußt ist: die Soliarbeit steckt in der Defensive fest..."

Kritik ist nötig und sinnvoll, aber sie muß solidarisch sein. D.h. sie darf nicht den partiellen Rückzug gegenüber der Revolution bedeuten und somit denjenigen das Feld räumen, die Unterstützung nur dann leisten, wenn sie Bedingungen stellen können, ansonsten aber in eine Entsolidarisierungskampagne in großem Umfang einsteigen." (IDES 315, S.9)

Diese Antwort war und verbleibt Konsens, und die IDES-Redaktion hat keine Chance mit ihren Gegenreden durchzukommen, auch wenn ihr Einwand mir und anderen Minderheiten absolut plausibel klingt: "Es ist genau die Bedingungslosigkeit der Hamburger, die sie zur falschen Analyse der Abschwächung der Solidarität hier in der BRD führt. Die Desinformationskampagne der Rechten ist so erfolgreich, nicht weil sie ausschließlich auf Lügen aufgebaut ist, sondern weil sie auf einem Körnchen Wahrheit, an das lauter Lügen angeschlossen werden, basiert. Diese Wahrheitskörnchen wurden von uns öfters negiert oder verschwiegen, statt aufgegriffen und in den richtigen Zusammenhang gestellt zu werden. Ein Beispiel der Konsequenz einer solchen Politik war die Katastrophe von 1984, nachdem die BRD-Solibewegung, von der FSLN inspiriert, alle Informationen über FSLN-Verbrechen gegen die Miskitos als CIA-Lügen abtat, bis die FSLN selbst einen Selbstkritikbericht herausbrachte (Trabel Mani; barricada internacional, W. Ramirez vom Nov. 84). Davon zehrt die Rechte immer noch. Das Komitee in Hamburg sieht selbst ein, daß 'eine gründliche Auseinandersetzung mit und in der Öffentlichkeit' nötig sei. Dies ist aber nie gelaufen, nicht einmal unter uns. Stattdessen wird die Diskussion vermieden mit dem Standardsatz: 'Die Revolution muß im jeweiligen historischen Entstehungszusammenhang gesehen werden.'"

Schon der nächsten Nummer stand, was die anderen darüber denken: "Trotzdem erscheint uns der Ansatz des Nicaragua-Komitees Hamburg (ides 315) noch plausibler als die ides-Kritik. Er vertritt zur Überwindung der Krise der Solibewegung offenbar immer noch das Konzept der Konzentration aufs antiimperialistische Spektrum. Zudem erhofft er sich aus einer öffentlichen Kritik an Arbeiterausbeutung, Korruption, Inkompetenz etc. in Nicaragua eine 'offensive' Diskussionsbasis. Wir sollen den Rechten den Wind aus den Segeln nehmen, indem wir das Körnchen 'Wahrheit' (!) der rechten Kritik selbst aufgreifen. Leichter können wir es denen nicht machen: selbst die Knackpunkte anprangern und den Verweis auf Contra-Krieg und historische Bedingungen der Revolution als Pseudoargument abstempeln. Eine kritische Bewertung fortschrittlicher Bewegungen in der Dritten Welt bedarf eines präzisen Kriteriensets, der von uns noch entwickelt werden muß, und der sich auf Grund der besonderen Bedingungen revolutionärer Prozesse in Lateinamerika nicht einfach aus dem Ärmel zu schütteln läßt, wie die ides-Vertreter das versuchen. Sicher aber ist es kein Kriterium, ob die Bewegungen der rechten Propaganda ein "Körnchen" Wahrheit liefern."



...Um stärker zu werden, müssen wir uns auf andere politische Spektren konzentrieren und von dort Leute zu uns herüberzuziehen. Und zwar die Leute, die erkennen, daß es in Mittelamerika nicht um humanitäre Hilfe geht, sondern um den weltweiten Kampf gegen das westliche Kapital in der Dritten Welt und in den Metropolen." (Mittelamerikakomitee Göttingen, ides 316)

Auch als die Diskussion dann praktisch werden sollte, eröffneten sich keine großen Perspektiven, griff mensch alte abgelegte Projekte, wie die Kampagne "Nicaragua muß überleben" wieder auf, die ein halbes Jahr zuvor von allen mit der Begründung abgelehnt worden war, daß sie zu unpolitisch sei. Das scheint nun nicht mehr ganz zu stimmen, zumindest nicht für Hamburg, denn die dortigen Genossen und Genossinnen befanden: "Praktischer Antiimperialismus heißt für uns: Nicaragua muß überleben." (ides 315).

Jede Solidaritätsbewegung neigt zu Vereinfachungen und dazu, die Dinge schwarz und weiß zu sehen, "wenns" und "aber" stören sie und sie will nicht grübeln und rasonnieren. Sie schätzt eine klare Sprache, die sich auf wenige feste Begriffe beschränkt wie 'radikal' und 'links' und 'kämpferisch', 'Solidarität' und 'Sieg' und 'Revolution' und die Welt in wenige Bereiche teilt, wie den 'Imperialismus', die 'Dritte Welt' und höchstens noch die 'Metropolen'. Niemand scheint es zu bekümmern, daß diese Ausdrucksweise in ihrer Rohheit und Eindimensionalität unser Denken zu erschlagen droht. Sie ist weiter sehr gefragt, läßt sie doch in jedem Falle eine eindeutige Antwort zu.

So haben auch die meisten ohne aufzumucken der Vertreterin der "Frente Sandinista" zugehört, die in einer Arbeitsgruppe sagte, daß wir uns entscheiden müßten, ob wir Nicaragua unterstützen wollten oder nicht, viel zu diskutieren gäbe es da nicht, denn das sei ihr Land und sei ihr Krieg, die Politik bestimmten sie.

Wie schon gesagt, die meisten können damit leben, was nicht heißen muß, daß sie von diesem Treffen nun begeistert waren, denn wer die große Linie unterstützt, hat trotzdem einen Haufen von Detailproblemen, sieht, daß zu wenige aktiv sind und die Krise nicht schon dadurch überwunden ist, daß die meisten ihrer überdrüssig werden und betonen, es sei jetzt genug geredet, man/frau müsse endlich etwas tun.

Es ist nach alldem sehr wahrscheinlich, daß es so und ähnlich in den nächsten Jahren weitergeht.

KOLUMBIEN

CRIC: Von der Notwendigkeit internationaler Solidarität

Im folgenden werden Auszüge eines Interviews mit einem CRIC-Delegierten, Jesús Avirama, wiedergegeben, das anlässlich einer Informationsrundreise durch Westdeutschland im Oktober 1986 entstanden ist (CRIC = Consejo Regional Indígena del Cauca). Der hier nicht erscheinende, andere Teil des Interviews (mit Aussagen zur aktuellen Arbeit des CRIC und zur Guerillagruppe Quintín Lame) wird in der neusten Nummer von POGROM veröffentlicht; die Aufteilung erfolgte, um einem möglichst breiten Publikum die Aussagen verfügbar zu machen. Die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN haben in der Vergangenheit bereits mehrere Male über den CRIC berichtet (vgl. LN 70, 73, 78, 117, 124 und 141).

Das Interview führten Lioba Roßbach und Theo Rathgeber am 9.10. 1986 in Göttingen.

Frage: Wir möchten Dich zunächst vorstellen. Sagst Du bitte kurz, wer Du bist und was Du machst?

J.A.: Ich heiße Jesús Avirama. In den Jahren von 1979-1983 war ich Präsident des CRIC, zur Zeit arbeite ich in der Kommission für Erziehung (comisión de educación) mit. Innerhalb der Organisation bemühen wir uns, neue Leute für die repräsentativen und exekutiven Organe der Organisation zu finden. Dazu gehört, daß diejenigen, die bereits einen derartigen Posten hatten, auf dieser Ebene erst einmal in den Hintergrund treten; daß sie natürlich weiter mitarbeiten, aber eben nicht wie in den Leitungsgremien. Wir wissen aus Kolumbien ganz gut, wie problematisch das sein kann; die Gefahr, caudillos innerhalb der Indianerbewegung zu schaffen, ist groß, und das wollen wir unbedingt vermeiden.

Frage: Was führt den CRIC dazu, Delegierte nach Europa zu schicken?

J.A.: Wir sind zunächst hier aufgrund einer Einladung durch eine französische Organisation, die uns seit langem unterstützt und die Reise für zwei Delegierte finanzierte. Wir beschlossen, diese Gelegenheit eines Europabesuches auszunutzen und weitere solidarische Gruppen, Institutionen und Organisationen aufzusuchen, und mit deren Hilfe unsere aktuellen Probleme in die Öffentlichkeit zu bringen. Insbesondere geht es uns darum, die Militarisierung und Repression, mit der wir leben müssen, hier bekannt zu machen. Und natürlich über die Aktivitäten unserer Organisation zu berichten, damit diejenigen, die uns solidarisch unterstützen wollen, wissen, was in den Konflikten, was mit den Verhaftungen und Verfolgungen in Gefahr gerät. Da die kolumbianische Regierung großen Wert auf ihr internationales Image legt, sind wir sicher, daß in-

ternationale Proteste zum Beispiel gegen die Verletzung von Menschenrechten für die interne Situation in Kolumbien eine Verbesserung nach sich ziehen kann. Wahrscheinlich nicht viel, aber immerhin etwas. Wir wissen aus unserer eigenen Erfahrung, daß sich nach internationalen Protesten die Situation ein wenig beruhigte; und das ist jedes Mal wichtig für uns gewesen.

Frage: Diese solidarische Unterstützung kann sich auf die (an anderer Stelle/Pogrom benannten) konkreten Projekte und Programme des CRIC beziehen. Wir möchten hier auf die Grundlagen, auf die ökonomische und kulturelle Basis der indianischen Gemeinschaften bzw. der politischen Basis des CRIC zu sprechen kommen: Kannst Du uns etwas ausführlicher zu "resguardo" und "cabildo" erzählen?

J.A.: Mit resguardo bezeichnet man indianisches Territorium, das von der spanischen Krone ungefähr seit dem Jahr 1700 eingerichtet wurde. Diese Gebiete waren in ihren Grenzen genau beschrieben und auch anerkannt, quasi Eigentumstitel von Seiten der spanischen Kro-



ne. Mit dem Gesetz 89 von 1890 (der kolumbianischen Republik, der Übers.) werden diese Gebiete zum alleinigen Lebensraum für indigenas erklärt. Auf diese offiziellen Dokumente und Rechtstitel stützen wir uns in unserem Kampf um das Land, d.h. wenn wir Land fordern und besetzen, das früher zum resguardo-Gebiet gehörte, und das nun wieder als resguardo ausgewiesen, an die indianische Gemeinde zurückgegeben werden soll. Natürlich sind von diesem Kampf auch kleine, arme Siedler betroffen. Hier verfahren wir so, daß wir ihnen ein Stück Land innerhalb des resguardo zugestehen, wenn sie umgekehrt die Autorität des cabildo (Dorfrat) respektieren und sich außerdem nicht gegen die Aktivitäten der Gemeinde stellen. Im Großen und Ganzen haben wir bislang unsere zurückgewonnenen Gebiete jeweils gegenüber Großgrundbesitzern geltend gemacht. Bis heute haben wir dadurch ca. 45.000 ha zurückgeführt und ca. 10 resguardos wieder hergestellt.

Das Problem der Rückgewinnung ist zunächst ein juristisches, d.h. wenn ein resguardo aufgehört hatte zu existieren. Das konnte z.B. passieren, indem die staatliche Ortsverwaltung feststellte: Diejenigen, die hier leben, bezeichnen sich nicht mehr als indigenas, sondern als normale Staatsbürger; und wer sich so nennt, der muß auch die Konsequenzen davon tragen. Das hieß dann, Rechtstitel auf Privateigentum; das resguardo mit seiner Besonderheit des gemeinschaftlichen Eigentums hörte auf zu bestehen. Gemeinschaftliches Eigentum bedeutet: jeder bearbeitet ein Stück Land, jeder hat eine Parzelle, aber die Parzelle gehört nicht dem, der sie bearbeitet, sondern der gesamten Gemeinschaft. Im Unterschied zum Privateigentum kann das Land auch nicht verkauft werden. Im Laufe der Zeit nun stellten die indigenas fest, daß, bis auf wenige individuelle Ausnahmen, ihnen diese Umwandlungen keinerlei Vorteile, nur Nachteile gebracht hatten. Nach und nach ging man also wieder dazu über, die Dorfräte, cabildos, zu bilden, die Autorität des resguardo wieder herzustellen. Und man begann wieder, die Rechtstitel für das resguardo-Land zu suchen. Mit diesen Titeln kämpfen wir also im Moment um die erneute offizielle Anerkennung der resguardos, die sich früher einmal aufgelöst hatten. Wir können, außer



**UNIDAD
INDIGENA**
unidad tierra y cultura

den zurück gewonnenen Ländereien, auch auf anderen Ebenen Fortschritte verzeichnen: Zwar gibt es keine offizielle Bestätigung mit Schrift und Siegel, aber die Autorität des cabildo wird mittlerweile auch von Seiten des Staates anerkannt: wenn z.B. ein staatliches Schreiben an den "Herrn Gobernador des Cabildo von Delicias/Buenos Aires" (Ort in Cauca, d.Übers.) gerichtet ist. Wir wollen allerdings erreichen, daß diese informelle Anerkennung in eine offizielle verwandelt wird.

Frage: Wenn wir das richtig verstanden haben, dann besteht der erste Schritt, ein resguardo zurückzugewinnen, darin, einen cabildo zu bilden?

J.A.: Genau. Die Leute wohnen ja schon dort, und das Land dazu haben sie ja auch. Sie stellen also die Autorität des cabildo wieder her, dann beginnt der Prozess der Annullierung der Rechtstitel auf privates Eigentum, und der cabildo nimmt seine Tätigkeit auf: So übergibt er jeder Familie ein Stück Land zur Bearbeitung. Mit dieser Übergabe wird gleichzeitig kundgetan, daß diese Familie im resguardo lebt, und daß zukünftig deren Recht auf die individuelle Bearbeitung des zugewiesenen Landes von der Gemeinde anerkannt wird.

Frage: Was macht Ihr denn, wenn es zu eng wird? Kann ein resguardo erweitert werden?

J.A.: Claro. Selbst in den Gesetzen ist es vorgesehen, daß wenn in einer Gemeinde die Anzahl der Bewohner die Kapazität des Landes übersteigt, daß dann eine Erweiterung des resguardo gefordert werden kann.

Frage: Gibt es inzwischen auch Beispiele, in denen sich vollkommen neue resguardos gebildet haben? D.h. resguardos, die nicht auf vorhergehende Titel zurückgreifen konnten?

J.a.: Ich weiß von einem Fall an der Pazifikküste, wo eine Gemeinschaft von 500-600 Familien sich um die Errichtung eines resguardo bemüht. Wir meinen, daß dieses Bemühen dem Rahmen entspricht, den ich soeben beschrieben habe: Sie haben Land, lassen sich von der Tradition der indianischen Gemeinschaften leiten, haben Leitungsorgane, die dem cabildo ähnlich sind. Wir sind der Ansicht, daß das Recht auf Konstituierung eines resguardo dann gegeben ist, wenn sich irgendwo mehr als 80 indianische Familien als Gemeinschaft niedergelassen haben.

Frage: Was geschieht, wenn es zwischen einzelnen resguardos zum Streit um Land kommt? Wenn die wachsende Bevölkerung eine Ausweitung eines resguardo notwendig macht, das resguardo aber von anderen, schon konstituierten umgeben ist?

J.A.: Solche Fälle gibt es, z.B. im Gebiet von Tierradentro. Da wird es natürlich schwierig. Im konkreten Fall von Tierradentro hat der cabildo mehrere Familien ausgewählt, mit deren Übereinstimmung, ungefähr 10 oder 15 Familien, und fordert nun vom Staat, diesen Familien Land in der Nähe eines resguardo zuzuweisen. In der Nähe deswegen, damit diese Familien die Möglichkeit haben,

sich an eine bestehende Gemeinschaft anzuschließen, soweit sie nicht eine eigene bilden wollen. Es hat jedoch ohne Zweifel auch Konflikte um Grenzziehungen zwischen resguardos gegeben; wir versuchen, die Gemeinschaften dahin zu bringen, diese Auseinandersetzung auf die erwähnte Art und Weise zu lösen.

Frage: Kannst Du die Rolle des Staates in diesem Fall noch näher ausführen?

J.A.: Zunächst befaßt sich der cabildo mit dem Problem und versucht, wie gesagt, aus den betroffenen Personen eine nicht zu kleine Gruppe zu bilden. Dann schaut man sich nach einem geeigneten Ort um, an dem diese Gruppe leben kann. D.h. man schaut, wo wird gerade um Land gekämpft, wo findet eine Erweiterung des resguardo statt. Dann muß man dazu kommen, daß die dortige Gemeinschaft, die Kämpfenden, das Hinzukommen dieser Gruppe akzeptieren. So wie zum Beispiel das bei der Besetzung von López-Adentro der Fall war: fünf oder sechs Familien wollten sich dem dortigen Kampf anschließen, und so setzte sich der cabildo aus deren Gemeinschaft mit dem CRIC in Verbindung, um den neuen cabildo in López-Adentro zu fragen, ob diese Familien dort aufgenommen würden. Die Antwort war Ja, und so siedelten diese Leute nach López-Adentro um. Die Aufgabe der Regierung bestand darin, die Besetzung von López-Adentro mittels seiner Institutionen juristisch anzuerkennen.



Frage: Uns interessiert noch ein anderer Aspekt des resguardo. Dieses berühmte Gesetz 89 von 1890 und nachfolgende Agrarreformgesetze kann man doch im Grunde genommen als staatliche Zugeständnisse verstehen; etwa in dem Sinne: "Geben wir doch diesen Indianern ein Stückchen Land, bis sie sich in die Gesellschaft integriert haben." War dies nicht das Konzept bei den Agrarreformgesetzen?

J.A.: Das ist richtig. Das stand dahinter, als die Institution resguardo geschaffen wurde, um die indigenas dort auf einem Fleck zu haben. Die indigenas sind denen ganz schön auf die Nerven gegangen. Wenn man sie nun in diesen Gebieten konzentrierte, so konnte man später Missionare dahin schicken, um die indigenas zu "zivilisieren", und so konnte man sie nach und nach in die Gesellschaft überführen. Wir sind uns über diese Konzepte im Klaren, aber das interessiert uns einfach nicht. Für uns handelt es sich um indianisches Territorium, das es zu verteidigen gilt, und von dem wir uns nicht vertreiben lassen. Wir haben unsere eigene Gesetzgebung, wir haben eigene Autoritäten. Daher hängt alles davon ab, wie die Gemeinschaft, die Gemeinde sich dazu stellt. Übernimmt eine Gemeinde die Konzeption der Regierenden, wird es zum Problem. Ist sich die Gemeinde dagegen im Klaren, daß es sich um eigenes, indianisches Territorium handelt, um das man kämpfen muß, das es zu verteidigen gilt, dann ergibt sich ein neuer Sinn, eine Neue Konzeption.



Frage: Die Nachrichten in den offiziellen Medien über Militarisierung und Repression in Kolumbien fließen spärlich. Was bedeutet es denn eigentlich konkret, wenn indianische Gemeinden als militarisierete Zonen gelten, wenn die Regierung das Gebiet zur militarisierten Zone erklärt?



Zweiter Nationaler Indianerkongreß

J.A.: Ich halte die momentane Militarisierung für weitgehender als die im Jahre 1979. Damals wurden "nur" die bekanntesten Führer verfolgt, heute geht die Verfolgung bis in den Bereich der lokalen Gemeinschaft; d.h. die indianische Bewegung wird bereits im lokalen Bereich angegriffen. Die Führungspersönlichkeiten in den Gemeinden werden verhaftet, gefoltert und als "Führer" für das Militär requiriert, das sich in den Örtlichkeiten nicht auskennt. Alltäglich ist der Einfall des Militärs in eine Region, um daraus alles Essbare, Kartoffeln, Mais und anderes mitzunehmen, zu stehlen. Das geht soweit, daß selbst das auf dem Feuer sich befindliche Essen einer Familie geraubt wird. In besonders häufig betroffenen Zonen wird schon nicht mehr gekocht. Die Vergewaltigung der Frauen hat stark zugenommen. Die Vergewaltigungen gehen zunächst von höheren Dienstgraden aus, aber auch die einfachen Soldaten vergewaltigen. Und es gibt Fälle des willkürlichen Tötens, weil einem Befehlshaber die Nase nicht passte.

Für die Regierenden sind wir immer schon ein Problem gewesen. Schon deshalb, weil sie lange Zeit die bloße Existenz von indigenas nicht zulassen wollten. Dann wollten sie mit resguardos und allen verschiedenartigen Kulturen aufräumen, um Kolumbien eine Einheitskultur zu verordnen. Außerdem stellte gerade unsere, die Indianerbewegung den Großgrundbesitz, die reichen Leute in Frage: das Beispiel López-Adentro, das die Interessen der Zuckerproduzenten in Cauca berührt. So sind wir denen ständig ein Dorn im Auge, und die nutzen natürlich jede Gelegenheit aus. Und da kommt ihnen eine Konjunktur wie die momentane gerade recht. Fast scheint es so, als ginge es mehr gegen unsere Organisation als gegen die Guerilla, deretwegen eigentlich die Militarisierung ausgesprochen wurde. Dies ist insofern auch logisch, weil die Guerilla bewaffnet und beweglich ist. Kommt es dann zum Zusammenstoß zwischen Guerilla und Militär, so gibt es in der Regel auch immer Tote auf Seiten der Militärs. Das können sie nicht verkraften, und so gehen sie her und ermorden anschließend indigenas, um sie als Guerillos zu präsentieren.

Frage: Wie wirkt sich diese Situation auf die einzelnen führenden Mitglieder der CRIC aus? Ist ihre Arbeit nicht zuletzt aus Angst um das eigene Leben unterbrochen?

J.A.: Es gibt Fälle, in denen einzelne die Region, in der sie arbeiten, verlassen mußten. Die graviersten Fälle sind aber die, in denen Führer unserer Bewegung als "Führer" requiriert wurden, zwei, drei, vier Monate lang, und es ist immer ungewiss, ob sie lebend zurückkommen.

Die Angst ist zwar da, aber auch der Wille, trotz der schwierigen Situation mit der Arbeit fortzufahren. Dieser Wille ist auch in den Gemeinden vorhanden. Nehmen wir das Beispiel Toribio, eine der betroffenen Zonen. Die Arbeit der Organisation dort macht ein companero aus Toribio. Ich könnte da im Moment nicht hin. Hier zahlen sich auch unsere vergangenen Bemühungen aus, die Verantwortlichkeiten in unserer Organisation auf viele Personen zu verteilen.

Eine Struktur mit wenigen, die entscheiden und führen, hätte schon längst zum Ableben der Organisation CRIC geführt. Um noch einmal auf Toribio zurückzukehren: die dortige Kooperative des CRIC funktioniert immer noch, der cabildo trifft sich nach wie vor, gleichwohl jedes Treffen den Militärs angezeigt werden muss. Das Militär schickt dann Beobachter, die aber glücklicherweise die Indianersprache noch nicht verstehen.

Diejenigen, die sogenannte technische Arbeiten durchführen (d.h. Traktorfahrer, Mechaniker oder Kursleiter für Buchführung etc.), kommen gleichfalls noch einigermaßen ungehindert in die militarisierten Zonen hinein und wieder hinaus. Bis auf die Bekanntesten wiederum; ihnen wird entweder der Zutritt verwehrt, wenn sie in Begleitung mehrerer kommen, oder sie werden verhaftet, wenn sie allein abgefangen werden.

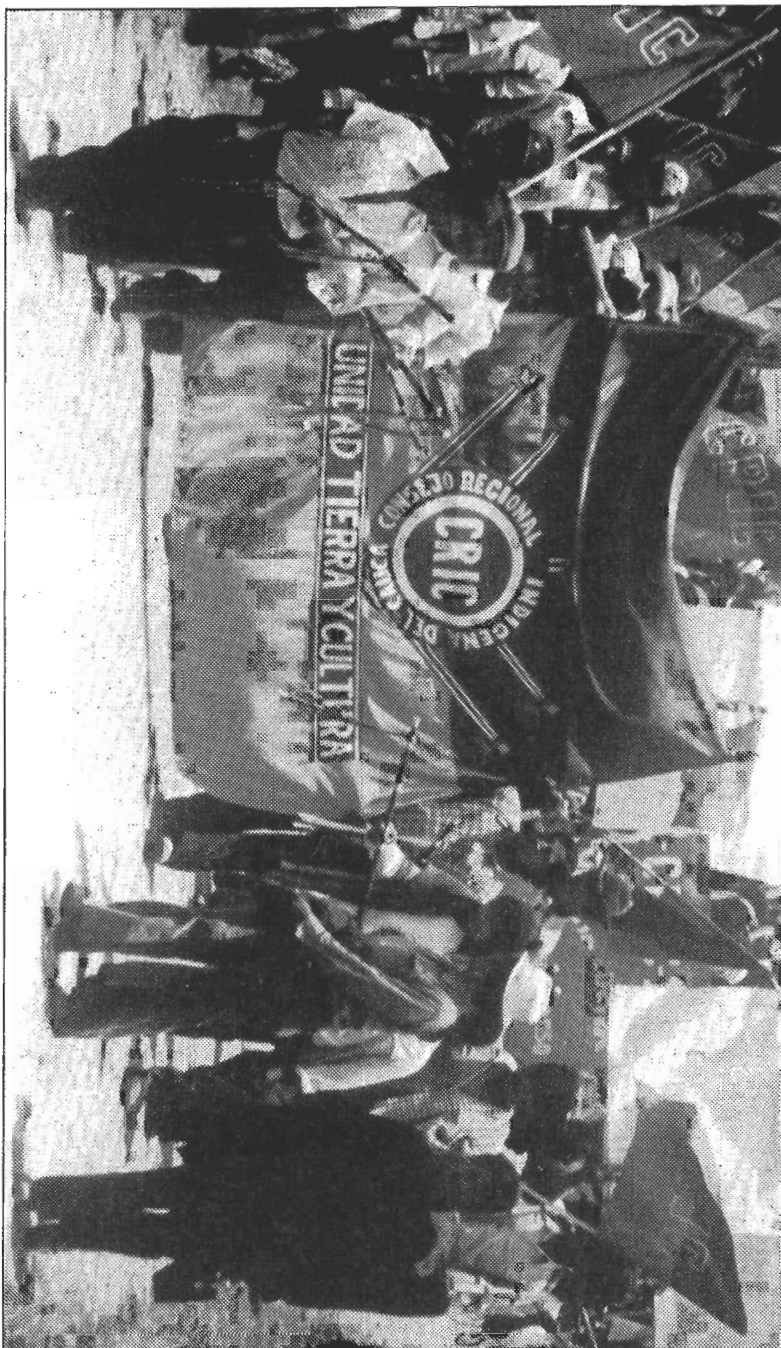
Frage: Welches sind denn die am meisten betroffenen Zonen?

J.A.: Die Regionen im Norden des Cauca sind am meisten betroffen: San Francisco, Toribio, Corinto, López-Adentro, Tacueyo. Außerdem sind es nach Osten die resguardos Jambaló, Caldon, Pueblo Nuevo und Delicias/Buenos Aires. In Tierradentro sind es Belalcázar und Inzá; insgesamt eine recht große Anzahl von betroffenen resguardos.

Frage: Wenn wir alles das so hören, dann fragen wir uns trotz Deiner Ausführungen, wie es eine Organisation wie der CRIC schaffen kann, seine Arbeit aufrechtzuerhalten.

J.A.: Unsere konkreten Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit, Fortbildung etc. haben erst einmal kaum mit Einschränkungen zu kämpfen. Darüber hinaus haben wir im August dieses Jahres eine große Demonstration initiiert und durchgeführt. Diese Demonstration richtete sich speziell gegen die ökologisch katastrophalen Auswirkungen des zwischenzeitlich fertiggestellten Staudamms Salvajina bzw. forderten mit den Kleinbauern, daß wenigstens die zugesagten Entschädigungen an die Betroffenen erfolgten. Der Marsch ging von Santander de Quilichao auf der Panamericana nach Popayán (Hauptstadt des Departamento Cauca). Wir waren drei Tage unterwegs, anschließend mußten wir noch einmal vier Tage in Popayán uns festsetzen, bevor sich die Verantwortlichen des Staates zu einem Gespräch mit uns herabließen. Man hat uns dann wieder einiges versprochen, aber an das Einhalten dieser Versprechen glaubten wir nicht so recht. Wichtig war es vor allem zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, alles hinzunehmen; aber das ist immer noch möglich. Es mag sein, daß das internationale Echo, das der CRIC mittlerweile genießt, eine Rolle gespielt hat und diese Art von Manifestation noch schützt.

Wir danken für dieses Gespräch.



Zur Situation der Menschenrechte

Folgender Artikel wurde uns von den Kolumbien-Solidaritätsgruppen zugesandt:

Anfang November fand in Frankfurt das traditionelle Halbjahrestreffen der Kolumbien-Solidaritäts-Gruppen statt. Breiten Raum nahmen dabei die Erörterungen zur Situation der Menschenrechte in Kolumbien ein. Wir halten die Situation für so prekär, daß wir uns entschlossen, über Einladungen nach Kolumbien und damit verbundene Informationsreisen durch die Bundesrepublik und angrenzende Länder unmittelbar und offensiver einzugreifen. Mit diesem Bemühen zielen wir vor allem auch auf das Interesse der kolumbianischen Regierung, sich gemäß der Verfassung als Demokratie zu präsentieren. Hier zeigten sich in der Vergangenheit zumindest die zivilen Regierungsvertreter stets sensibel gegenüber derartigen Aktivitäten im Ausland.

Im Gespräch sind Einladungen an einen Anwalt aus dem Kreis der Menschenrechtskomitees, einen Vertreter kirchlicher Gruppen und einen Theaterschaffenden. Konkretisiert hat sich dies zunächst in Bezug auf einen Anwalt, den wir für März oder Mai 1987 einzuladen versuchen. Wer sich näher informieren oder einen Beitrag zu unserem Vorhaben leisten möchte, wende sich an die Redaktion der LN, die die Post weiterleitet.

Kolumbien gilt im allgemeinen als eine der wenigen, noch einigermaßen auf demokratische Legitimation bedachten Staaten in Lateinamerika. Weniger bekannt ist, daß in diesem Land selbst nach offiziellen Statistiken über 900 Personen als verschwunden gelten, wobei insbesondere seit 1984 ein steiles Ansteigen der Zahlen zu verzeichnen ist. Die aufgefundenen Verschwundenen zeigten in der Mehrzahl der Fälle Spuren von Folterungen.

Nach übereinstimmenden Angaben von "amnesty international" und dem "Comité Permanente por la Defensa de los Derechos Humanos, Bogotá" (Ständiges Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte, Bogotá) zählte man im Jahr 1985 über 600 politisch motivierte Morde an Oppositionellen aus dem demokratischen und linken Spektrum. Der beschleunigte Zerfall der Reste des demokratischen Lebens in Kolumbien führte dazu, daß diese Zahl 600 nun bereits als Bilanz allein für das erste Halbjahr 1986 gezogen werden muß. Die seit 1984 existierende, legal zugelassene und an Wahlen teilnehmende Linkspartei "Unión Patriótica" (aus der FARC-Guerrilla hervorgegangen) beklagt seit 1984 den Tod von 350 Mitgliedern und das Verschwundensein von 30 weiteren. Unter den Mordopfern befinden sich ein Senator, ein Mitglied der Abgeordnetenkammer und 20 Stadträte und Abgeordnete regionaler Parlamente; alle 1986 gewählt. Betroffen sind außerdem kirchliche Gruppen, Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Bürgerinitiativen (movimientos cívicos und movimientos regionales) und

einzelne Berufsstände, die diesen Zustand nicht durch ihr Schweigen übergehen wollen. So mußten in den vergangenen 4 Jahren unter anderem auch 80 Journalisten ihr Leben lassen, und verschiedene Pressevertreter haben das Land aus Sicherheitsgründen verlassen. Seit etwa einem Jahr sind nun Vertreter von Menschenrechtsorganisationen und Anwälte betroffen, die die Fälle in der Öffentlichkeit angesprochen oder Nachforschungen unternommen haben.

Die Morde treffen ihre Opfer nicht zufällig, sondern sind das Ergebnis gezielter Aktionen von vornehmlich paramilitärischen Banden (mehr als 40 an der Zahl), die zumindest auf der Ebene von Einzelpersonen mit dem kolumbianischen Heer und der Polizei zusammenarbeiten. Selbst der Procurador General (vergleichbar dem Generalbundesanwalt) JIMENEZ GOMEZ hat diese Tatsache mehrmals öffentlich denunziert. Es wird häufiger die Praxis angewandt, die Morde an Wochenenden und über hohe Feiertage (Ostern, Weihnachten) zu verüben, an denen Gerichte und offizielle Institutionen nicht erreichbar sind.

Insgesamt gibt es einen ungeheuerlichen Anstieg an Morden bzw. "extralegalen" Tötungen an Menschen, die Randgruppen der kolumbianischen Gesellschaft entstammen: Bettler, Prostituierte, Homosexuelle, gamines (Straßenjungen).

In Kolumbien drückt die Parole "Das Recht auf Leben, Nein zur Terrorpolitik!" momentan die dringlichste politische Forderung aus.



Diese kurze Übersicht beleuchtet eine politische Kultur, in der inzwischen jegliche öffentlichkeitswirksame oppositionelle Tätigkeit oder die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlich nicht konformen sozialen Schicht von der Gefahr für Leib und Leben bedroht ist. Diese Realität gründet sich auf das Vorherrschen von Kräften in Kolumbien, die den Aufbau demokratischer Strukturen systematisch verhindern.

Welche Dimensionen dies angenommen hat, läßt sich noch aus einer der letzten Nachrichten entnehmen. Der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Fernando Uribe, bekannt für sein Eintreten zugunsten der (wenigstens formalen) Unabhängigkeit der Justiz, ist zurückgetreten und will in den nächsten Tagen aus Sicherheitsgründen das Land verlassen.

Wir wollen mit dem Vorangegangenen kein Schwarz-Weiß-Bild im üblichen Klischee einer lateinamerikanischen Bananenrepublik zeichnen. Gerade weil die meisten von uns schon persönliche Erfahrungen mit Kolumbien besitzen, sind wir bei unserem Koordinationstreffen selbst erschrocken über das Ausmaß an Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien und wollen alles daran setzen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Um so notwendiger erachten wir unsere Solidarität mit denjenigen, die noch Mut zu oppositioneller Arbeit aufbringen.

Immerhin publizierte eine der größten Tageszeitungen in Kolumbien, "El Espectador", in diesem Jahr eine Sondernummer in der Sonntagsbeilage zum Thema Verschwundene und politischer Mord. Im August dieses Jahres schrieb der erwähnte Jiménez Gómez in derselben Tageszeitung einen Leitartikel, in dem er von zwei Verfassungen Kolumbiens sprach: der formalen, geschriebenen Konstitution und der faktischen, vom Militär bestimmten.

Außer dieser, an Zahl geringen Prominenz existieren aber verschiedene, parteipolitisch unabhängige Gruppen und Organisationen, die sich um eine demokratische Öffentlichkeit zu den sozialen und politischen Problemen des Landes bemühen. Diese Gruppen sind überlebensnotwendig darauf angewiesen, daß ihnen z.B. durch den Beleg internationaler Kontakte ein vergleichsweise prominenter Status verschafft wird. Von kirchlichen Gruppen, Menschenrechtskomitees, Bürgerinitiativen und Indianerorganisationen erhielten wir Hilferufe, mittels verstärkter Öffentlichkeitsarbeit unsererseits und anderen Formen der Unterstützung auf eine internationale Resonanz auf die Geschehnisse in Kolumbien hinzuwirken und natürlich vor allem dazu beizutragen, daß der formalen Konstitution Geltung verschafft wird, als Grundlage für oppositionelle Bewegungsfreiheit.

Wir rufen dazu auf, uns finanziell, organisatorisch und moralisch bei der Vorbereitung unseres Vorhabens zu unterstützen.

CHILE

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Seit dem 1. Dezember sind die annähernd 560 Politischen Gefangenen in Chile im Hungerstreik. Diese Aktion ist nicht befristet, die wegen politischer "Delikte" vielfach schon jahrelang einsitzenden Gefangenen wollen die Nahrungsaufnahme verweigern, bis ihnen die Militärregierung öffentlich konkrete Zugeständnisse zur Verbesserung ihrer Situation macht.

Das Problem der Politischen Gefangenen besteht in Chile seit der Machtübernahme durch die Militärs im September 1973. Überall im Land wurden die Anhänger und Mitarbeiter der gestürzten UP-Regierung und seither alle offen Andersdenkenden eingesperrt und teilweise ohne Verfahren jahrelang schlimmen Haftbedingungen unterworfen. Das Militärregime verweigert ihnen aber die Anerkennung als Politische Gefangene, sie werden in normalen Gefängnissen zusammen mit den "gewöhnlichen" Delinquenten festgehalten. Und die Haftbedingungen in den chilenischen Haftanstalten sind katastrophal.

Mit dem Hungerstreik wollen die presos políticos, als die sie in Chile jedermann bekannt sind, gegen ihre Haftbedingungen, gegen die Mißhandlung durch Polizei und Geheimdienst, gegen die Art der gegen sie geführten Prozesse und - aus aktuellem Anlaß - gegen die jüngsten Todesurteile gegen vermeintliche Terroristen protestieren. Sie fordern die Abschaffung des Anti-Terrorgesetzes, ihre Anerkennung als Politische Gefangene und letztlich ihre Freilassung.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wenden sie sich massiv an die Öffentlichkeit im In- und Ausland, sie hoffen, daß auf die Militärjunta Druck ausgeübt, daß sich möglichst viele Organisationen, Gruppen und solidarisch gesonnene Menschen für ihre Forderungen und damit für sie einsetzen. Aus diesem Grund haben sie sich bereits im Vorfeld des Hungerstreiks mit einem Brief "An die Internationale Solidarität, an diebefreundeten Völker und demokratischen Regierungen" an die internationale Öffentlichkeit gewandt. Eine Übersetzung dieses Schreibens drucken wir im folgenden ab.

Die Nationale Koordinationsstelle der Politischen Gefangenen gibt bekannt, daß die Politischen Gefangenen in Chile vom 1. Dezember 1986 einen landesweiten, unbefristeten Hungerstreik beginnen.

Das Hauptziel des Streiks ist es, starken Rückhalt und Unterstützung im In- und Ausland zu wecken, um die Freiheit der Politischen Gefangenen vor dem Besuch des Papstes in Chile zu erreichen, ebenso wie die Gewährleistung des Lebens und der physischen Integrität der Politischen Gefangenen gegenüber jedem Mord- und Aggressionsversuch von Seiten der Diktatur und des Repressionsapparates.

Es ist unerlässlich, daß sich die Regierungen, politischen Parteien sowie die sozialen, humanitären, kirchlichen, juristischen Organisationen etc. für die Freiheit der Politischen Gefangenen aussprechen und einsetzen.

1. Es müssen konkrete politische, diplomatische, soziale und wirtschaftliche Pressionsmaßnahmen gegen die chilenische Diktatur ergriffen werden, für die Rückkehr zur Demokratie, die Respektierung der Menschenrechte und die unverzügliche Befreiung aller Politischen Gefangenen.

2. Der Boykott gegen chilenische Exportartikel muß auf die Be- und Entladung chilenischer Schiffe ausgeweitet werden, die Waren von oder nach Chile transportieren, und die Kredite an die Militärdiktatur müssen restriktiver gehandhabt oder an Bedingungen geknüpft werden, um so die Freilassung der Politischen Gefangenen zu verlangen.



3. Es sollten Delegationen von Parlamentariern, politischen Parteien, Juristen, Kirchenvertretern, Ärzten ,etc. nach Chile geschickt werden, die die Politischen Gefangenen in den Gefängnissen und Strafanstalten besuchen.

4. Die Regierungen, die in Chile akreditierte diplomatische Vertretungen unterhalten, sollten aufgefordert werden zu veranlassen, daß die Botschafter, Konsuln und Diplomaten die Politischen Gefangenen in den Haftanstalten besuchen und dadurch die gerechten Forderungen des Befreiungsprojekts der Politischen Gefangenen unterstützen.

5. Der Hungerstreik der Politischen Gefangenen in Chile sowie die wichtigsten Forderungen des Befreiungsprojekts müssen bekannt gemacht und an die Öffentlichkeit gebracht werden.

6. Gleichzeitig mit dem Hungerstreik der Politischen Gefangenen sollten solidarische Fastenaktionen und Besuche bei Niederlassungen internationaler Organisationen erfolgen, um dadurch das Leben und die Freiheit der Politischen Gefangenen zu verlangen.

7. Es muß erreicht werden, daß sich die Chilenische Kirche und der Vatikan äußern und dahingehend engagieren, vor dem Papst vorzusprechen, damit dieser bei seiner Ankunft in Chile von der Militärdiktatur die Freilassung der Politischen Gefangenen fordert.

8. Durch Unterschriftensammlungen, soziale Mobilisierung etc. muß Druck auf die chilenische Diktatur, auf ihre diplomatischen Vertretungen, die Außen-, Justiz- und Innenministerien anderer Länder sowie auf Zivil- und Militärgerichte ausgeübt werden, um die sofortige Freilassung aller Politischen Gefangenen und die Respektierung der Menschenrechte in Chile zu verlangen.

Die Politischen Gefangenen hoffen auf Eure volle solidarische Rückendeckung und Unterstützung für die berechtigten Forderungen nach Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie für das chilenische Volk.

6.11.1986

Gleichzeitig hoffen die Politischen Gefangenen in Chile darauf, daß möglichst viele Briefe an einflußreiche Stellen geschickt werden, um gegen die Haftbedingungen, gegen die verhängten und demnächst zu erwartenden Todesurteile zu protestieren und gleichzeitig die Freilassung der presos políticos zu verlangen.

Folgende Ansprechpartner werden von den Politischen Gefangenen vorgeschlagen:

RICARDO GARCIA
Ministerio del Interior

SANTIAGO - Chile

Senor Cardenal
Monsenor Juan Fco. Fresno

SANTIAGO - Chile

Kampagne »Carmen Bueno und alle anderen Verschwundenen«

Eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern ruft zu einer Kampagne gegen die Entführungs- und Folterpraktiken der chilenischen Diktatur auf.

Als Symbol für die Opfer wurde Carmen Bueno gewählt, eine junge chilenische Schauspielerinnen, die 1974 auf dem Weg zur Arbeit entführt wurde und seitdem "verschwunden" ist.

Die Gruppe hat bereits Kampagnen zugunsten des uruguayischen Mathematikers Massera unternommen, der 1984 aus der Haft entlassen wurde, und hat sich ebenfalls für die sowjetischen Wissenschaftler Orlow und Schtscharansky eingesetzt, die 1986 aus der Haft entlassen wurden.

Unterstützt wird die Initiative von zahlreichen Wissenschaftlern, Künstlern, Personen des öffentlichen Lebens und Institutionen, darunter rund 30 Nobelpreisträger, 18 Universitätspräsidenten (USA, Kanada, Australien, Europa), Akademien und Wissenschaftlichen Gesellschaften; in West-Berlin z.B. bisher vom Fachbereich Mathematik der Technischen Universität.

Kontaktadresse: Israel Halperin
Mitglied der "Royal Society of Canada"
Department of Mathematics
University of Toronto
TORONTO, Canada



Folter in Chile: Eine Schande vor der Weltöffentlichkeit!

MDP zur politischen Lage

INTERVIEW MIT MDP-VERTRETER AHUMADA VOM 28.11.1986

Frage: Wie schätzt Du die Entwicklung der letzten Monate in Chile ein?

Antwort: Der Streik vom 2. und 3. Juli war der entscheidende Höhepunkt des Kampfes unseres Volkes im Jahr 1986. Wir haben da eine gesellschaftlich und geographisch breit gestreute, massive Aktion erlebt, die die Kraft des organisierten Volkes verdeutlichte, die Kraft des Volkes in der Offensive sowie die Fähigkeit, sich der Diktatur entgegenzustellen. Der Imperialismus mußte erkennen, daß die Kraft des Volkes auf eine an ihm selbst orientierte Überwindung der Krise ausgerichtet war, und startete eine regelrechte Offensive mit dem Ziel, innerhalb der Opposition Unruhe zu stiften, um so die Opposition zu spalten, die politischen Strömungen, die sich im Privaten Politischen Komitee zusammengefunden hatten, die Asamblea de la Civilidad, und um die Bewegung zu demobilisieren. All dies geschieht mit der Absicht, die Alternative des bürgerlichen Übergangs (zur Demokratie, d.Ü.) aufzuzeigen und allmählich aufzubauen. Dazu stärkt der Imperialismus in der Christdemokratie die Konservativen und versucht zu verhindern, daß die fortschrittlichen Teile der Partei zu Wort kommen; und dies immer mit der Perspektive, eine Alternative vorzuschlagen, die das bürgerliche Gesellschaftsmodell in der politischen Szene in Chile repräsentiert. Sie lassen das Private Politische Komitee platzen, sie lassen die Asamblea de la Civilidad an Ansehen und Durchsetzungsvermögen verlieren, sie versuchen, die Mobilisierung des Volkes zu stoppen oder zumindest soweit zu bremsen, daß sie zu einem Instrument gesellschaftlichen Drucks verkommt, man also mit einer Masse rechnen kann, die diese bürgerliche Alternative legitimieren soll. So kommt es, daß ihre gesamte Politik im Moment darauf ausgerichtet ist, für die Wahlen zu mobilisieren. Es wird sogar davon gesprochen, einen Kandidaten aufzustellen. All dies dient dazu, in der Bevölkerung die Illusion zu erzeugen, daß es möglich wäre, die Veränderungen, die in Chile erforderlich sind, über Verhandlungen mit der Diktatur zu erreichen. Dies bringt ein In-die-Knie-Gehen vor dem Regime zum Ausdruck, dieser Versuch, im Rahmen des Systems bzw. der Verfassung von 1980 einen vernünftigen Ausweg zu finden, der Zusammenstöße und den Bürgerkrieg zwischen den Chilenen verhindern soll. Dies ist aber in der derzeitigen Situation keine Lösung. Der MDP vertritt die Meinung, daß freie Wahlen in Chile solange unmöglich sind, wie die Diktatur Pinochets existiert. Solange seine Verfassung gilt, solange ein Herrschaftssystem besteht, in dem das Volk seine Rechte nicht ausüben kann, sind freie Wahlen in Chile unmöglich. Wenn dem Regime nicht vorher ein Ende gesetzt

wird, wenn nicht vorher seine illegitime Verfassung abgeschafft worden ist, kann es keine freien Wahlen geben. Wir meinen, daß freie Wahlen in unserem Land nur dann möglich sein werden, wenn der Diktatur ein Ende gesetzt worden ist, erst wenn es eine Übergangsregierung gibt und freie Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung abgehalten werden können, die dann eine Verfassung verabschieden kann, die an den wirklichen Interessen der großen Mehrheit in Chile ausgerichtet ist.



Ein großer Teil der Chilenen lebt unter dem Militärregime in wachsender Armut. Für diese Menschen ist die Lösung der ökonomischen Probleme vorrangig

Frage: Kann man sagen, daß die Diktatur versucht hat, die ideologische Einheit in der Armee und den ihr nahestehenden Kreisen zu bewahren und auf der anderen Seite die Opposition, vor allem die Linke zu spalten?

Antwort: Selbstverständlich besteht die Politik des Imperialismus und der Diktatur darin, die Oppositionsbewegung zu spalten, das ist klar.

Frage: Diese neue Politik des Imperialismus steht im Widerspruch zu der in Brasilien und Argentinien verfolgten Linie.

Antwort: Genau, der Unterschied der Situation in Chile verglichen mit der in Argentinien, Brasilien oder Uruguay besteht darin, daß es eine starke Volksbewegung, daß es organisierte linke Parteien gibt, daß die Chilenen Erfahrung im Kampf gegen die Diktatur gesammelt haben, die in den verschiedenen Auseinandersetzungen mit dem Regime zum Ausdruck kommt. Sie beweisen, daß es eine Kraft gibt, die für die nationale Krise eine an den Interessen des Volkes ausgerichtete Lösung bieten kann: Dies macht dem Imperialismus Sorgen. Daher versucht er, alles zu tun, um die Linke zu isolieren, die soziale Basis der Opposition auseinanderzubrechen und die Verbindung zwischen der MDP-Führung und der Bevölkerung zu zerstören; all dies, um den gemeinsamen Kampf des Volkes zu verhindern. Durch entsprechendes politisches Vorgehen soll eine andere Lösung möglich gemacht werden. Dahinter steht die Absicht, im Hinblick auf eine Fata Morgana, nämlich die freien Wahlen, die rechtsgerichteten Bereiche der bürgerlichen Opposition zu stärken, die soziale Mobilisierung zu behindern. Diese Politik vertritt die bürgerliche



Der MDP als Bündnis von Kommunisten, Sozialisten, MIR und MAPU-OC setzt auf die soziale Mobilisierung, um die Pinochet-Diktatur zu beenden

Opposition im Augenblick. Allerdings kollidiert dies mit der Haltung Pinochets. Dieser hat bekanntgegeben, daß er langfristig an den Macht bleiben will: Sein Ziel ist es, bis 1997 Staatschef zu bleiben. Das ist natürlich keine Lösung, denn das Volk will die Diktatur nicht länger hinnehmen. Die bürgerliche Opposition erkennt, daß das Volk Pinochet nicht mehr will, und sucht nach einer Zwischenlösung: Wahlen 1989. Dabei richten sie ihre Politik auf das Ziel der freien Wahlen, womit 1989 zum Schlüsseljahr für die Bewältigung der Krise erklärt wird. Dazu müssen sie aber die Linke ausschließen, und damit sind sie gegenwärtig beschäftigt. Dieses Vorhaben ist aber zum Scheitern verurteilt. Im Augenblick kann man die Linke nicht einfach ausschließen, wie sich in den verschiedenen Wahlen sowohl an den Universitäten als auch in den Gewerkschaften gezeigt hat: Die Linke vertritt in Chile mehr als 40% der Bevölkerung. Diese Ausschlußpolitik, das heißt die Suche nach Veränderungen ohne wirkliche Veränderungen im Rahmen der Pinochet-Verfassung, findet bei den Chilenen kein Interesse. Der MDP widersetzt sich grundsätzlich dieser Politik, die keine Möglichkeiten eröffnet, die Krise zu überwinden.

Frage: Als letztes noch folgende Frage: Was ist die Haltung der Pinochet nahestehenden bürgerlichen Kreise?

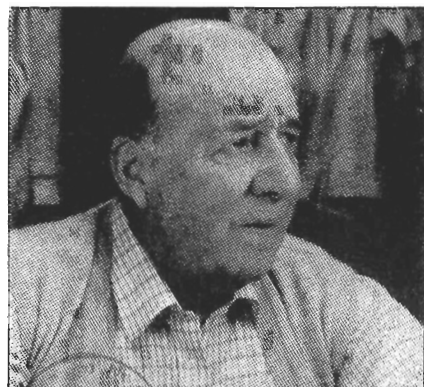
Antwort: Um sich auch über 1989 an der Macht zu halten, gehen sie davon aus, daß es keine bürgerliche Alternative gibt. In ihren Augen kann niemand dafür garantieren, daß das derzeitige Herrschaftssystem unter einer, sagen wir, bürgerlichen Regierung aufrechterhalten wird. Die der Diktatur nahestehenden Kreise wollen sich bis 1997 an der Macht halten, während im Unterschied dazu andere Teile der Bourgeoisie eine bürgerliche Alternative aufbauen wollen: durch freie Wahlen, durch die "Grundpfeiler der Demokratie" als Fortführung des "Acuerdo Nacional". Das wäre die bürgerliche Alternative zum militärischen Konzept.



Der Versuch, die MDP-Parteien aus der Politik zu verdrängen, ist in Anbetracht der realen Kräfteverhältnisse zum Scheitern verurteilt

Nachruf für Roberto Parada

Am 19. November 1986 verstarb in Moskau Roberto Parada im Alter von 77 Jahren. Er war einer der größten und beliebtesten Theaterschauspieler Chiles und er mußte sein Land, nachdem er sich immer gegen das Exil gewehrt hatte, im September '86 verlassen, als ihm gegenüber die anonymen Drohungen, es werde ihm auch so gehen wie seinem Sohn, zu massiv wurden.



Er hat das Exil nicht überlebt - offizielle Todesursache ist eine Thrombose und ihre Folgen.

Sein Sohn José Manuel Parada war im März 1985 entführt und später ebenso wie M. Guerrero und J. Nattino mit durchgeschnittener Kehle in der Nähe von Pudahuel bei Santiago aufgefunden worden.

Roberto Parada erfuhr vom Tode seines Sohnes während einer Theateraufführung, spielte aber seine Rolle noch zu Ende.

Zuletzt spielte er im Theater Ictus in Santiago in dem Stück "Algo está en el aire" (Es liegt etwas in der Luft) von Carlos Cerda und Ictus die Rolle eines Lehrers, der sich damit auseinandersetzen muß, daß ein Schüler von ihm entführt wird und verschwunden bleibt. Für die Zuschauer, sicher auch für ihn selbst, war es unmöglich, das Theaterstück und die Realität voneinander zu trennen. Seine letzten Worte in dem Stück lauten: "Nicht ruhen, bis die Wahrheit bekannt ist. Die Wahrheit!"

Der Prozess gegen die mutmaßlichen Mörder seines Sohnes ist inzwischen eingestellt worden.

Das Theaterstück wird im Theater Ictus mit anderer Besetzung auch unter dem Belagerungszustand weitergespielt.

Die Beerdigung von Roberto Parada in Santiago wurde zu einer der größten politischen Demonstrationen der letzten Zeit, nachdem das Regime zunächst versucht hatte, jegliche Trauerfeierlichkeiten zu verhindern. Zehn Stunden lang zogen Trauernde an seinem Sarg vorbei.

Uns in der BRD ist Roberto Parada bekannt geworden in der Rolle des von ihm sehr verehrten Pablo Neruda im Film "Mit brennender Geduld" von Antonio Skármeta (1983).

Mit Roberto Parada verlor Chile ein prominentes Mitglied der Kommunistischen Partei, eine Symbolfigur für Menschlichkeit und Zivilcourage und einen der populärsten Schauspieler des Landes.

BRASILIEN

Ernüchterung nach dem Wahltriumph

Die Zähler brauchten lange, um die komplizierten Wahlzettel zu entziffern, und so dauerte es fast zwei Wochen, bis das ganze Ausmaß des Sieges der regierenden PMDB deutlich wurde: 22 von 23 Bundesstaaten werden künftig von PMDB-Politikern regiert werden, nur der kleine Staat Sergipe im Nordosten wird einen Mann des Koalitionspartners in der Bundesregierung, der PFL, als Gouverneur erhalten. In der gleichzeitig gewählten verfassungsgebenden Versammlung werden 53% der Abgeordneten PMDB-Mitglieder sein. Ein derartiger Sieg bei freien Wahlen für eine Partei ist in der brasilianischen Geschichte einmalig, und schon wird das Gespenst einer "Mexicanisierung" Brasiliens beschworen, d.h. der mögliche Weg in einen Einparteienstaat.

Das Wahlergebnis erhält seine ganze Bedeutung dadurch, daß auch in den beiden wichtigsten Bundesstaaten - Sao Paulo und Rio de Janeiro - die Kandidaten der PMDB sich durchsetzen konnten, entgegen den Erwartungen vieler Beobachter. In Sao Paulo siegte Orestes Quércia über zwei starke Konkurrenten, den Unternehmer Antonio Erimário, der lange die Umfragen angeführt hatte, und den erzkonservativen Paulo Maluf (PDS), den Gegenspieler Tancredo Neves' bei der Präsidentschaftsnachfolge. Die PMDB konnte damit die traumatische Niederlage bei den Bürgermeisterchaftswahlen von 1985 wettmachen, als ihr Kandidat gegen den reaktionären Veteranen Janio Quadros verloren hatte.

In Rio verlor die PDT, die Partei des Leonel Brizola, den einzigen Gouverneursposten. Ihr Kandidat, der bekannte Anthropologe Darcy Ribeiro, konnte sich trotz der Erfolge seines Erziehungsprogramms nicht durchsetzen. Das bedeutet einen schweren Rückschlag für die Präsidentschaftsambitionen Brizolas, ist aber auch eine Niederlage für eine Partei, die die Regierungspolitik von links kritisiert hatte. Enttäuschend ist das Ergebnis der PT (Partei der Arbeiter) in ihrer Hochburg Sao Paulo. Statt der vom Parteivorsitzenden Lula erhofften 15% gab es nur 8%. Hingegen ist das gleiche Ergebnis für das Bündnis von PT und Grünen in Rio durchaus ein Achtungserfolg. Hier hatte der Exguerillero, Entführer des amerikanischen Botschafters und Schriftsteller ("Die Guerilleros sind müde") Fernando Gabeira kandidiert.

WELCHE KRÄFTE HABEN SICH DURCHGESETZT?

So eindeutig der Sieg der PMDB ist, so schwierig ist es festzustellen, welche politischen Kräfte durch das Wahlergebnis gestärkt werden. Die PMDB ist ein Sammelbecken, das ultrareaktionäre Großgrundbesitzer und real existierende Kommunisten ver-

einigt, und sie ist in den letzten Jahren insbesondere von Überläufern aus der Partei der Militärs, der PDS, aufgefüllt worden. Entscheidend war bei diesen politischen Frontwechslern sicherlich nur der einfache und verständliche Wunsch, auf der Seite der Regierenden zu bleiben. So hat sich die "Hausse" der PMDB tatsächlich selbst genährt. Überhaupt bergen die Klammern hinter den Namen der Politiker oft Interessantes: Hier sind hinter der Vorsilbe "ex" die verflochtenen Parteimitgliedschaften aufgeführt. So ist der Präsident der Republik, Jose Sarney, ein ex-PDS, der in Rio siegreiche Moreira Franco ein ex-MDB und ex-PDS, der neue Gouverneur von Paraíba ein ex-PDS, und sogar ex-Malufistas (d.h. Leute, die bis 84/85 den rechten Maluf unterstützt haben) werden als frische PMDB-Abgeordnete nach Brasilia ziehen. Dort finden sich dann in den Bänken der Regierungspartei die ex-Partei-gänger der Militärs und ex-Guerilleros wieder.

Wie schwierig da eine politische Wertung ist, zeigt ein Beispiel, der Bundesstaat Goiás: Während der siegreiche Gouverneurskandidat eher dem linken Parteiflügel zuzurechnen ist, wurde gleichzeitig eine reaktionäre Riege in die verfassungsgebende Versammlung gewählt. Der Ausgang der Wahlen dürfte daher weniger von klaren Positionen einzelner Politiker bestimmt worden sein, als vielmehr ein globales Votum für die Regierung der PMDB in Brasilia gewesen sein, d.h. insbesondere ein Votum für die Wirtschaftspolitik, für den Cruzado-Plan (vgl. LN 154). Die Regierung war mit einer Erfolgsbilanz in die Wahlen gegangen: Die Inflation war von 200% fast auf den Nullpunkt gebracht worden, die Produktion stieg, und breite Teile der Bevölkerung hatten erhebliche Kaufkraftgewinne. Brasilien erlebte im (dortigen) Winter '86 einen unerhörten Konsumrausch, behindert zwar durch Versorgungsengpässe, aber das wurde von den meisten als besser empfunden als die Inflation. Die Hoffnungen, die der Cruzado-Plan geweckt hatte und anscheinend auch erfüllen konnte, verhalfen der PMDB zu ihrem Wahlsieg.

CRUZADO-PLAN II: DAS SPARPAKET

Am 21. November, nicht einmal eine Woche nach den Wahlen, verkündete Finanzminister Dilson Funaro ein Paket von Maßnahmen, schon bald als Cruzado-Plan II bezeichnet:

- Erhöhung der Preise für Benzin (60%), für Autos (80%), für Alkohol und Zigaretten (100%), für Zucker (25%)
- Erhöhung der Postgebühren (80%), der Tarife für Strom (40%), Wasser (30%) und Telefon (30%)
- Die Wiedereinführung der "Miniabwertungen" des Cruzado
- Die Einführung eines neuen Index der Lebenshaltungskosten
- Die Schließung bzw. Zusammenlegung verschiedener staatlicher Gesellschaften und Institutionen, um Arbeitsplätze abzubauen

Die Reaktionen waren prompt: In Brasilia kam es zu Demonstrationen, bei denen Panzerwagen der Polizei in Flammen aufgingen. Die Panzerwagen waren offensichtlich von der Polizei genau für diesen Zweck am Kundgebungsort plaziert worden. Aber selbst wenn die "Ausschreitungen" eine Polizeiprovokation gewesen sind, die Empörung der Demonstranten war sicherlich echt, und der Unmut reicht bis in das Lager der Regierungsparteien. Kritisiert wird dabei insbesondere der Zeitpunkt der Verkündung. Die Wähler müssen sich grob getäuscht fühlen, die Wirtschaftspolitik der Regierung gerät in das Zwielflicht, auf kurzfristige Wahlerfolge abgestimmt worden zu sein. Die Empörung ist die Quittung dafür, daß die Wahlkampagne auf den Erfolgen des Cruzado-Plans basierte, die sich nun als Seifenblasen zu entpuppen drohen.

Aber - eine Korrektur des Cruzado-Plans war absehbar und dringend erforderlich, streiten kann man sich nur über den Zeitpunkt und die Konsequenzen der einzelnen Maßnahmen. Mit dem Cruzado-Plan, dem "heterodoxen Schock", schien Dilson Funaro und seinem Team die Quadratur des Kreises geglückt zu sein: Bekämpfung der Inflation bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum, Konsumbelebung und



Die Bilder aus der alten Republik gleichen erschreckend denen aus der neuen!

Außenhandelsüberschuß. Aber der Traum währte nur einen kurzen (brasilianischen) Winter. Im Oktober war der Handelsüberschuß bereits unter den Stand des Vorjahrs gefallen, und die Währungsreserven waren bedenklich geschrumpft. Die gestiegene Inlandsnachfrage hatte zu verstärkten Importen geführt und den Export geschwächt. Um die Misere zu kaschieren, hatte die Regierung zunächst noch mit allen Mitteln Kaffee exportiert, mit dem Erfolg, daß wahrscheinlich Februar '87 kein exportfähiger Kaffee mehr zur Verfügung steht (die neue Ernte beginnt erst im August), und bereits jetzt afrikanischer Kaffee importiert werden muß, um die Inlandsnachfrage zu befriedigen.

Und so offenbart nun der "heterodoxe Schock" seinen orthodoxen Pferdefuß mit den Maßnahmen aus dem Arsenal klassischer Austeritätspolitik: Der Konsum soll gedrosselt werden, um die Exporte zu erhöhen. Dabei verweist die Regierung darauf, daß die Preiserhöhungen in erster Linie die Besserverdienenden treffen und der allgemeine Preisstop beibehalten wird. Aber auch mit solchen Argumenten verspielt sie eher ihre Glaubwürdigkeit. Denn die Tarifierhöhungen (Wasser, Strom) treffen durchaus alle, Rauchen und Alkoholtrinken sind kein Privileg der Mittelklasse, und wie bei der Preiserhöhung für Zucker die Preise der Produkte, die Zucker enthalten, stabil bleiben sollen, muß das Geheimnis der Regierung bleiben. Ebenso unwahrscheinlich ist es, daß sich die unweigerliche Erhöhung der Transportkosten nicht auf das allgemeine Preisniveau auswirken soll. So drängt sich der Eindruck auf, daß hier zwar Schleusen geöffnet worden sind, der Bruch des Damms aber nicht verhindert werden kann, zumal wenn die Handelsbilanz durch den Ausfall der Kaffeexporte weiter unter Druck gerät.

In dieser Situation, in der die Position der Regierung trotz des Wahlsieges angeschlagen ist, beginnt eine neue Verhandlungsrunde mit dem IWF. Und so ist das alte Thema wieder da: Wie soll die brasilianische Wirtschaft auf die Beine kommen, wenn jährlich ca. 12 Mrd. Dollar als Zinszahlungen ins Ausland gehen? Da die Regierung keine Anstalten macht, energisch für ein Moratorium einzutreten, wird der IWF seine rezessive Logik auch in Brasilien wieder verkaufen können und fordern, daß die Regierung die ersten schüchternen Schritte in diese Richtung beschleunigt. Das kann für die PMDB durchaus einen erwünschten Effekt haben. Lassen sich doch weitere Sparmaßnahmen mit dem Hinweis auf Sachzwänge (=IWF) und die von den Militärs ererbte Last legitimieren.

Für die Gewerkschaften, die von Anfang an dem Cruzado-Plan skeptisch gegenüber standen, ändern sich nun die Perspektiven. Ihre Warnungen blieben in der euphorischen Stimmung ungehört, und die Regierung konnte ihnen autoritär entgegentreten, so daß sie in die Defensive geraten waren. Jetzt aber hat die linke Gewerkschaft CUT für den 12. Dezember zum Generalstreik aufgerufen. Der Regierung steht also, trotz ihres überwältigenden Wahlsieges, ein unruhiger Sommer bevor.

ARGENTINIEN

Auf der Suche nach den verschwundenen Enkeln — die »Abuelas de la Plaza de Mayo«

Zu den grausamsten Maßnahmen der argentinischen Militärdiktatur 1976 - 1983 gehört die Entführung von Kindern, deren Großmütter, oft schon grauhaarige Frauen von 50, 60, 70 Jahren nach ihnen suchen und damit das Erbe der Diktatur aufgreifen.

Obwohl die Abuelas auch Mütter von Verschwundenen sind, hat ihre Arbeit ein anderes Ziel als die der "Madres de la Plaza de Mayo", die vor allem auf die Bestrafung aller an Folter und Mord Schuldigen dringen. "Die Kinder sind auch verschwunden, aber im Unterschied zu den Erwachsenen gehen wir vielleicht manchmal an ihnen vorbei, ohne sie zu erkennen," sagt Estela Carlotto, die Vizepräsidentin der Abuelas. Die "Abuelas", die bereits im Oktober 1977 - sechs Monate nach den "Müttern" zu zwölf anfangen, nach ihren Enkeln zu suchen, haben sich 1983 als Menschenrechtsorganisation etabliert. Heute arbeiten über 400 Großmütter in verschiedenen Städten Argentiniens.

Der Hauptsitz befindet sich in Buenos Aires, im 7. Stock eines Hochhauses der Straße Montevideo 459, dessen Kauf durch die Spenden vor allem von deutschen und österreichischen Paten (organisiert von Amnesty) möglich war. Gleich neben der Tür kann man die 36 Metallschilder lesen: die Städte Braunschweig, Kiel, Bielefeld, Laichingen, die SPD-Ortsvereine aus Aachen und Münster, Terre des Hommes Jülich usw. Auch heute noch ist die kostenaufwendige Arbeit der Großmütter auf ausländische Unterstützung angewiesen. Gelder von argentinischen Organisationen oder gar vom Staat gibt es nicht.

"Das erwarten wir auch gar nicht, angesichts der Verschuldung des Staates," meint Maria Chorobik de Mariani, die Präsidentin der Abuelas. "Schlimmer ist, daß uns auch andere Unterstützung wie z.B. Raum im Fernsehen, Radio etc. verweigert wird. Besonders kritisieren wir die Polizei, Teile der Justiz und Innenminister Trocoli, denen wir schon vor Jahren konkrete Beschreibungen der Fälle gegeben haben, ohne daß etwas passierte. Ihre langsame Arbeit ermöglichte sogar in der letzten Zeit, daß sechs von uns aufgespürte Kinder von den Militärs und Polizisten, in deren Händen sie sich befinden, zum zweiten Mal entführt werden konnten. Daß das in einem Rechtsstaat passieren kann, ist sehr besorgniserregend. Am Schlimmsten jedoch ist, daß sich unsere Enkel in den Händen

von Militärs befinden, die Straffreiheit genießen und über große Macht in diesem Staat verfügen."

Von 205 Kindern haben die Abuelas Fotos und Daten gesammelt und in Broschüren veröffentlicht. Sie gehen von 400 verschwundenen Kindern aus, Perez Esquivel spricht sogar von 800 Kindern, da von den Tausenden von entführten Frauen viele schwanger gewesen seien.

"Das Verschwindenlassen von Kindern und ganzer Familien lief nach einem genau ausgearbeiteten Plan ab, um die Bevölkerung zu terrorisieren und einzuschüchtern. Die Militärs überfielen die Wohnungen, verschleppten oder ermordeten die Erwachsenen und raubten Fernseher, Radio - und Kinder, die sie dann in Waisenhäuser brachten. Außerdem wollten die Militärs, wie sie selbst sagten, daß die Kinder nicht bei "Subversiven" aufwachsen, sondern bei anderen Eltern, die sie in anderem Sinne als ihre Eltern erziehen," führt Estela Carlotto aus, und Maria de Mariani ergänzt: "Camps unterstanden als Polizeichef der Provinz Buenos Aires spezielle Einheiten zur Repression, die besonders brutal vorgingen. Dieser Mensch - er ist in Wirklichkeit eine wilde Hyäne - ging selbst in Konzentrationslager und war bei Folterungen anwesend. Wir halten ihn für das Verschwinden von Dutzenden von Kindern verantwortlich und haben gegen ihn einen Prozeß wegen des Raubs von 21 Kindern eingeleitet."

Frau de Mariani schildert ihren eigenen Fall, über den sie beim Prozeß gegen Camps als Zeugin ausgesagt hat: "Am 24. November mittags haben bewaffnete Militärs das Haus meines Sohnes und meiner Schwiegertochter überfallen und alle Erwachsenen getötet außer meinem Sohn, der nicht zu Hause war. Er wurde sechs Monate später umgebracht. Camps selber hat meine drei Monate alte Enkelin ins Auto genommen, was von einigen Zeugen beobachtet wurde. Ich weiß seit 10 Jahren, daß Camps für das Verschwinden meiner Enkelin verantwortlich ist und habe ihn angeklagt. Er hat daraufhin die unterschiedlichsten Dinge geantwortet. Das letzte war jetzt ein Brief während des Prozesses, in dem er behauptet, er habe das tote Kind nur vor den Augen der Journalisten schützen wollen. Damit will er nur die Suche nach den verschwundenen Kindern beenden, die sich zum größten Teil in den Händen von Militärs, Polizisten oder ihrer Komplizen befinden. Er will damit einen Schlußstrich in der Verfolgung der Verbrechen vorbereiten, um die Gerechtigkeit und die Aufarbeitung des argentinischen Traumas zu verhindern."

Bei ihrer Arbeit gingen die Großmütter zunächst als nichtprofessionelle Hausfrauen vor, die sich auf ihre weibliche Intuition, Liebe und den gesunden Menschenverstand verlassen und erst mit der Zeit immer wissenschaftlichere Methoden entwickelten. Sie suchten in Krippen und Waisenhäusern und sind vor allem auf Hinweise der Bevölkerung angewiesen, ohne die

sie kein Kind gefunden hätten. Dabei versuchen sie so behutsam wie möglich vorzugehen, um keiner Familie Unrecht zu tun und keinem Kind zu schaden. Mittlerweile bauen sie mit der kostenlosen Unterstützung eines Krankenhauses eine Bank der genetischen Daten der Großeltern und Verwandten auf, mit denen die Identität des Kindes sicher bestimmt werden kann. Der Erfolg spricht für die Arbeit der Abuelas: 39 Kinder haben sie bisher ausfindig gemacht. "Die zurückgebrachten Kinder haben viel durchgemacht, traumatische Erlebnisse in Konzentrationslagern und die Trennung von ihren Eltern. Fast alle zeigten Symptome wie Bettnässen, nächtliche Angst, einige hatten Asthma, Allergien und Angstzustände. Das zeigt, daß es ihnen trotz der schönen Kleidung, des guten Essens und der Küsse schlecht ging. Wenn die Kinder dann vor dem Richter die Wahrheit erfahren, weinen sie oft zwanzig Minuten



lang, aber unterstützt von unseren Psychologen erwacht schnell das Interesse an den wirklichen Eltern. Sie wollen wissen, wie der Vater aussah, welche Farbe die Augen der Mutter hatten usw. Sie reintegrieren sich schnell wieder in ihre alte Familie, entwickeln Zuneigung und zärtliche Gefühle zu ihren Großeltern, Verwandten und auch zu uns." (de Mariani)

Die auch durch den Film 'Historia oficial' aufgeworfene Frage, ob es in allen Fällen sinnvoll sei, die Kinder auch nach neun, zehn Jahren den Pflegeeltern wegzunehmen, hat für die Abuelas nur eine Antwort: Das Ziel ist es, den über 400 entführten Kindern, die unter einer Lüge aufwachsen, ihren Namen, ihre Familie, ihre Geschichte und ihre Identität wiederzugeben.

"Aber", differenziert Estela Carlotto, "jeder Fall ist unterschiedlich. Elf der 39 Kinder waren bei einfachen, guten Menschen, die keine Komplizen der Repression waren, sondern zum Teil selbst deren Opfer und unter Drohung dazu gebracht wurden, die Kinder aufzunehmen. Als wir diese Kinder fanden, erfuhren sie die Wahrheit und erhielten ihren wirklichen Namen. Aber die legitimen Familien entschieden in diesen elf Fällen, daß die Kinder bei ihren Pflegefamilien blieben, und es entstand aus der alten und der neuen eine große gemeinsame Familie.

Von den restlichen 28 Kindern sind vier tot, zwei starben zusammen mit ihren Eltern bei einem Überfall, eines zusammen mit seiner Mutter in einem KZ und eines aus Trauer in einem Waisenheim.

Die restlichen Kinder wurden zu den legitimen Familien zurückgeführt, und wir können sagen, daß keines dadurch einen Schaden erlitten hat. Wir sind absolut überzeugt davon, daß das gesündeste für ein Kind die Wahrheit ist."

PATENSCHAFTEN FÜR KINDER VON VERSCHWUNDENEN GESUCHT

Angeichts der zum Teil äußerst schlechten materiellen Situation, in der sich viele Großmütter oder Verwandte der entführten und wieder zurückgeführten Kinder befinden, werden dringend Patenschaften für diese Kinder gesucht, die von der Gruppe "Argentinien-Hilfe" organisiert werden. Gedacht ist an eine monatliche Unterstützung von DM 50,-, wobei es natürlich auch möglich ist, sich eine Patenschaft zu teilen.

Kontaktadresse: Brigitte Schirovsky, Binsenweiherweg 7,
7900 Ulm, Tel.: 0731 / 46423

oder direkt: Abuelas de Plaza de Mayo,
Montevideo 459, Piso 7, "B"
1019 Capital Federal, Republica Argentina

* * *

Mit dem »Schlußpunktgesetz« wird das Existenzrecht des Volkes auf's Spiel gesetzt

GESPRÄCH MIT DEM FRIEDENSNOBELPREISTRÄGER ADOLFO PEREZ ESQUIVEL

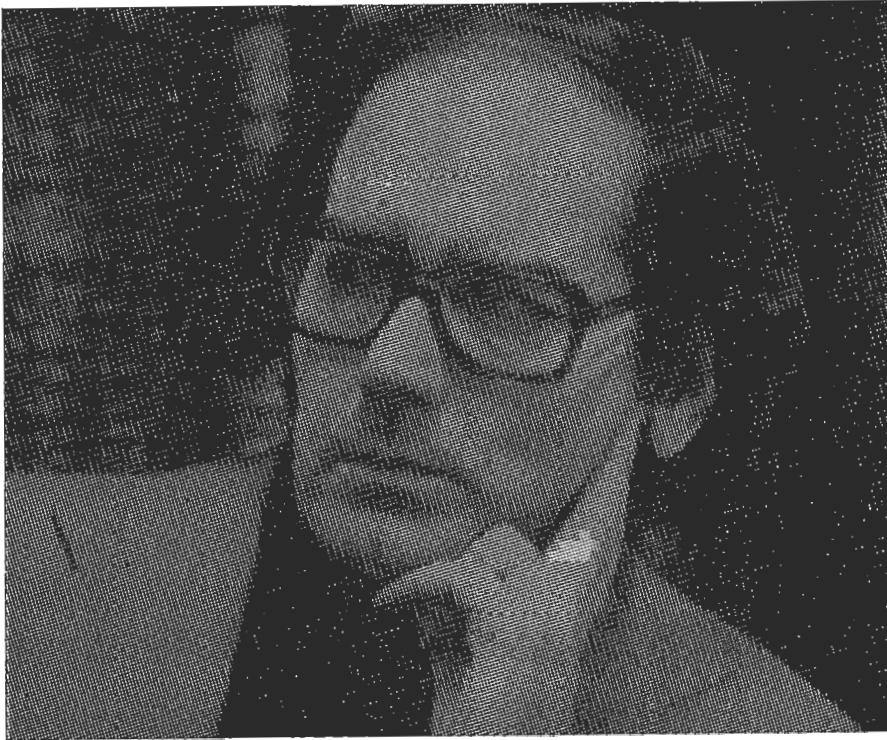
Frage: Im Ausland wird die Menschenrechtspolitik der Regierung Alfonsín gelobt und prämiert. Wie schätzen Sie sie ein?

Esquivel: Ich halte sie für sehr schlecht. Die Radikalen (UCR, Partei Alfonsíns) haben während des Wahlkampfes viel versprochen, was später nicht gehalten wurde. So haben sie keine Kommissionen gebildet, die sich aus gewählten Repräsentanten der beiden Kammern (Abgeordnetenhaus, Senat) zusammensetzt, um das Problem der 30'000 Verschwundenen zu untersuchen, sondern die relativ rechtlose CONADEP, an der ich mich geweigert habe mitzuarbeiten. Diese Kommission hat zwar als Empfangstisch von Informationen recht gute Arbeit geleistet, um die Regierung zu informieren. Aber sie hatte nicht das Recht, selbst Untersuchungen durchzuführen.

Eine andere Sache sind die Prozesse, die die Regierung allesamt der Militärgerichtsbarkeit übergeben hat, mit der Idee, daß die Militärs sich selbst verurteilen sollen. Ich habe nicht an diese Prozesse geglaubt und leider habe ich recht behalten, denn in den vergangenen drei Jahren hat es in dieser Frage bisher keinen Militärprozeß mit einer Verurteilung gegeben. Die Militärgerichte betreiben eine Verzögerungstaktik mit immer neuen Prozeßverschiebungen, so daß letztlich keiner verurteilt wird. Unter dem nationalen und internationalen Druck mußte dann der Prozeß gegen die drei ersten Militärjungen an das zivile Bundesgericht übergeben werden, das sich dann jedoch an die Militärgesetze halten mußte. So wurden die Exkommendanten individuell unterschiedlich verurteilt und nicht politisch kollektiv gemäß ihrer Verantwortung als Junta.

Vor allem will die Regierung nicht an die innere Struktur der Armee rühren. Die Regierung betont daher die Gehorsamspflicht und unterscheidet dabei drei Ebenen: die Befehlsgeber, die die Befehle ausführen und die, die Exzesse begingen. In Wirklichkeit war das Ganze ein Exzess: die konstitutionelle Regierung zu stürzen, Teile des Volkes zu ermorden und eine Diktatur zu etablieren. Dafür trägt die ganze Armee die kollektive Verantwortung.

Frage: Die Gehorsamspflicht spielt bei den aktuellen Prozessen eine große Rolle.



Esquivel: Für mich ist die einzig legitime Gehorsamspflicht der Gehorsam in Freiheit auf der Basis ethischer, legaler und konstitutioneller Prinzipien. Kein Soldat ist verpflichtet, einem illegalen Befehl, der gegen die Verfassung verstößt, zu gehorchen. Was die Regierung wie die Militärs durchsetzen wollen, ist der blinde Gehorsam. Ein General gibt den Befehl, Menschen des eigenen Volkes zu ermorden, und die Soldaten tun es.

Frage: In Argentinien gibt es bis jetzt noch 12 politische Gefangene aus der Militärdiktatur. Erst jetzt scheinen sich die Parteien auf ein Projekt zu einigen, die Prozesse überprüfen zu lassen.

Esquivel: Diese Gefangenen sind während der Diktatur verurteilt worden, wobei die prozessualen Rechte ständig verletzt wurden. Es gab keine richtige Verteidigung, Geständnisse wurden unter psychischem Druck und der Folter erpreßt usw. Weder die Regierung noch die Opposition war in der Lage, darüber eine Entscheidung zu fällen, weil sie ein Gleichgewicht der Dämonen - hier Prozeß gegen die Militärs, da politische Gefangene - suchten. Jetzt planen sie die Beendigung der Prozesse gegen die Militärs, da ist dann auch die Über-

prüfung der politischen Gefangenen möglich. Unsere Position ist, daß man die Unmenschlichkeit und die Illegalität der Prozesse anerkennt. Es muß eine Revision der Prozesse mit gerechter Verteidigung durchgeführt werden. Diese Garantie muß immer gewährleistet sein - auch für die Militärs.

Frage: Die Regierung will in den nächsten Wochen ein 'Schlußpunktgesetz' durchbringen, das von den reaktionären Teilen des Peronismus um Saadi unterstützt wird. Wie ist Ihre Position dazu?

Esquivel: Für uns ist der einzige Schlußpunkt die Gerechtigkeit. Die Regierung hat Absprachen mit den Militärs getroffen und will dieses traurige Kapitel schnell abschließen. Die kriminelle militärische Okkupation gegen das eigene Volk darf nicht durch ein Dekret legitimiert werden. Wir werden dagegen Widerstand leisten. Dies ist ein Betrug an den eigenen Wahlversprechen, am argentinischen Volk und am ganzen lateinamerikanischen Kontinent, wo es mehr als 100'000 Verschwundene gibt. Die Methode der argentinischen Militärs wurde von anderen lateinamerikanischen Ländern - in Bolivien, Chile, Peru, Guatemala, El Salvador und dem Nicaragua von Somoza - angewandt. Weil alle Welt herschaut, wird in Argentinien viel entschieden.

Frage: Wie schätzen Sie die weitere Entwicklung ein?

Esquivel: Wenn man die Zukunft verstehen will, braucht man nur die Gegenwart zu lesen. Man muß die gegenwärtige schwankende Politik genau analysieren, dann erkennt man, daß die Folgen schlimm sein werden. Vor allem, wenn man den Fall Argentinien nicht isoliert betrachtet. In den siebziger Jahren war fast ganz Lateinamerika von Generälen beherrscht. Das war jedoch kein Spleen von vier, fünf verrückten Generälen, sondern Ausdruck eines Projektes, Lateinamerika zu beherrschen und zu unterdrücken. Ich sehe die Menschenrechte immer in Verbindung mit den Auslandsschulden. Ausbeutung, Elend und die Unterdrückung demokratischer Prozesse sind abhängig von den Auslandsschulden.

Demokratie existiert für mich nicht abstrakt oder allein durch die Stimmabgabe an der Urne, sondern durch die Beteiligung des Volkes. Jetzt wird von der Regierung Alfonsín mit dem Schlußpunktgesetz das Existenzrecht des Volkes aufs Spiel gesetzt, wenn das politische Verbrechen legitimiert wird. Wir haben die Demokratie verteidigt und für sie gekämpft - mehr als viele Abgeordnete, die sich mit der Diktatur arrangierten - aber nicht in dieser Form und nicht mit diesen Kosten. Denn was wird passieren, wenn die Militärs aus der mittleren Hierarchie, die die Menschenrechte verletzt haben, in ein, zwei Jahren in die Generalität aufsteigen und die Armee in ihren Händen haben? Welche Garantien gibt es dann noch für den demokratischen Prozeß?

USA

Die Weltbank als Indikator

Monatelang schien es, als wollte die US-Regierung durch ihren Einfluß auf die Weltbank einen Kredit an Chile verhindern und damit klarmachen, daß sie auch gegen rechte Diktaturen eintritt. Ende November zeigte sich, daß es so ernst nicht gemeint war: Der Kredit erhielt eine Mehrheit, bei amerikanischer Stimmenthaltung dank der deutschen Stimmrechte.

Noch im September und Oktober dieses Jahres 1986 setzte der eher bürgerliche Teil der chilenischen Opposition große Hoffnungen auf die Vereinigten Staaten von Amerika als die Macht, die ähnlich wie auf den Philippinen oder auf Haiti helfen würde, den Diktator Augusto Pinochet endlich wegzujagen. Als Indikator, meinte man, würde das Verhalten der USA bei der Entscheidung über einen Weltbank-Kredit für Chile in Höhe von 250 Millionen US-Dollar gelten können. Würden die USA diesen Kredit zu Fall bringen, so sei es der Regierung Reagan ernst mit dem Kampf gegen die chilenische Diktatur.

Ende November ist nun die Entscheidung gefallen. Gegen den sogenannten Strukturanpassungskredit, der nicht für die Durchführung bestimmter Entwicklungsprogramme, sondern als eine Art von Belohnung für eine Politik der Anpassung an die Strukturen des Weltmarkts gedacht ist, stimmten nur die Vertreter der skandinavischen Länder, Italiens, Griechenlands, Portugals und Maltas. Sie halten zusammen gut sieben Prozent der Stimmrechte in der Weltbank.

Der Stimme enthielten sich vor allem die USA, die mit ihren gut 20 Prozent der Stimmrechte einen entscheidenden Einfluß in der Weltbank ausüben. Ihnen schlossen sich Kanada und alle mittelamerikanischen und karibischen Mitgliedsstaaten an, außerdem mit Ausnahme Großbritanniens und der Bundesrepublik alle anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft sowie Österreich, Jugoslawien, die Türkei, Zypern, Israel und die Ostblockstaaten Ungarn und Rumänien. Das ergab zusammen eine



Enthaltung von 41,5 Prozent der Stimmrechte.

Daraufhin ging man davon aus, daß alle anderen Staaten zustimmten, sodaß eine förmliche Abstimmung vermieden wurde. Die Mehrheit von gut 51 Prozent, die die Gewährung dieses Kredits schließlich möglich machte, bestand aus Japan, Großbritannien und der Bundesrepublik und allen Ländern Südamerikas, Afrikas, Asiens, Australiens und Ozeaniens. Die einen, mit Bundesminister Warnke an der Spitze, halten es für prinzipiell falsch, andere als die scheinbar rein "technokratischen" Kriterien bei der Kreditvergabe gelten zu lassen, und lehnen das Anlegen politischer Maßstäbe grundsätzlich ab, obwohl die Strukturanpassungsprogramme eindeutig politischer Natur sind. Die anderen Staaten, die der Dritten Welt, üben Solidarität selbst mit dem Pinochet-Regime, weil sie nicht wissen können, wen das politische Mißfallen der USA beim nächsten Mal treffen könnte.

Das scheinbar wechselnde Zusammenspiel aller dieser Kriterien sorgt mit schöner Regelmäßigkeit dafür, daß linke Regierungen in der Dritten Welt fast keine Kredite oder nur Kredite zu sehr harten Bedingungen bekommen und rechte Regierungen hohe Kredite zu günstigen Konditionen. Das ist es, was die Regierung der USA sich wünscht, und wenn dieses Ergebnis - auch dank bundesdeutscher Mithilfe - gesichert ist, dann kann sie sich schon einmal zu Zwecken politischer Demonstration der Stimme enthalten.



BRD

Interdisziplinäres Aufbaustudium »Dritte Welt« an der Universität Bremen

Bis zum 1. Februar 1987 können sich interessierte Studentinnen und Studenten mit abgeschlossenem Hochschulstudium für das Aufbaustudium "Dritte Welt" an der Bremer Uni bewerben.

Im Sommersemester 1987 beginnt der zweite Durchlauf des vier Semester dauernden Vollzeitstudiums (im 3. Semester Auslandspraktikum). Das noch relativ junge Aufbaustudium gehört zu den wenigen interdisziplinären "Dritte Welt"-Studiengängen in der Bundesrepublik.

Ziel ist nicht die Spezialisierung in einem Fach; die Studierenden sollen vielmehr befähigt werden, über die Grenzen enger Wissenschaftsdisziplinen hinauszudenken und Wirkungszusammenhänge und gesellschaftliche Auswirkungen zu sehen.

In diesem Semester endet der erste Durchgang des Aufbaustudiums, und es zeichnet sich ein gewisser Erfolg der bisherigen Konzeption ab. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer äußern sich jedenfalls zufrieden, besonders über ihre praxisbezogenen Auslandsaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Auslandspraktika in Lateinamerika fanden statt in Zusammenarbeit mit einem Frauen-Selbsthilfeprojekt in Lima, mit einer selbstverwalteten Agrarkooperative in Costa Rica und mit der "Gruppe für gegenseitige Hilfe"/Grupo de Apoyo Mutuo in Guatemala.

In den angebotenen Lehrveranstaltungen werden neben Grundlagenbereichen (z.B.: Theorien, Strategien und Geschichte von Entwicklungsprozessen in der "Dritten Welt") und Problemfeldern (z.B.: Technologieentwicklung und Technologietransfers) auch immer länderspezifische Lehrveranstaltungen angeboten. Speziell zu Lateinamerika ist im Sommersemester 1987 geplant:

Martin Franzbach: Landeskunde Lateinamerikas

Louis Quinteros Yanes: Übergang von diktatorischen zu parlamentarisch-demokratischen Systemen in Lateinamerika - Fiktion und Realität

Zoltan Szankay: Das Verhältnis: "Gesellschaftlicher Konflikt - Gewerkschaftsbewegung" in Lateinamerika an Fallbeispielen (vor allem Chile, Argentinien): inwieweit charakteristisch für die "Dritte Welt"?

Wer sich für dieses Studium interessiert, wendet sich an:

*Interdisziplinäres Aufbaustudium "Dritte Welt", Universität Bremen
Fachbereich 11, Bibliothekstraße, 2800 Bremen 33, Tel. 0421/2182172*

REZENSIONEN

Wohin die DM rollt. . .

Werner Olle: Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt. Ein Handbuch, herausgegeben von medico international, Lamuv Taschenbuch 46, Bornheim-Merten 1986

Um die Transnationalen Konzerne, die in den sechziger und siebziger Jahren einen unübersehbaren Literaturberg provozierten, ist es danach still geworden. Zu ihrer Rolle in der Weltwirtschaft und speziell in der Dritten Welt fiel offensichtlich niemandem mehr etwas ein. Erst mit der rasanten technologischen Entwicklung im Elektroniksektor tauchten sie im Zusammenhang mit weltwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen wieder auf. In der Zwischenzeit waren nicht mehr die theoretischen Entwürfe gefragt; vielmehr standen einzelne Konzerne im Rampenlicht zumindest der kritischen Öffentlichkeit, deren besonders große Schweinereien nicht mehr zu verheimlichen waren.

Nun ist ein Buch veröffentlicht worden, das beiden etwas bringt: den mehr theoretisch orientierten, die wissen wollen, "wo's langgeht", welche Faktoren aktuell das Agieren der Multis bestimmen, und den Aktivisten, die in theoretischen Gefilden sonst immer fragen "geht's nicht ein bißchen konkreter?". Lesenswert sind die beiden Teile des Buches aber für beide Gruppen.

Im ersten Teilsucht der Autor nach empirischen Anhaltspunkten für die Bestätigung der drei gegenwärtig aktuellen Analyse- und Prognoseinstrumente:

- die These von der "Neuen Internationalen Arbeitsteilung", nach der auf der Basis von Lohnkostendifferenzen, fortgeschrittener Zerlegung des Produktionsprozesses und gesunkener Transport- und Kommunikationskosten lohnkostenintensive Fertigung nach wie vor in "Billiglohnländer" verlegt wird.
- die These von der Rückverlagerung dieser Industrien wegen der sinkenden Relevanz der Lohnkosten als Folge der verbilligten Automatisierung durch die technologischen Durchbrüche im Bereich der Mikroelektronik.
- die These einer Konzentration der Direktinvestitionen auf die Industrieländer mit einer selektiven Einbeziehung von Standorten in Entwicklungsländern, wonach veränderte technologische Bedingungen zu differenzierten Marktentscheidungen und Kostenkalkülen geführt haben, die sich nicht allein auf das Lohnkostenargument oder die Erschließung neuer Märkte zurückführen lassen.

Wie so oft im Leben, sind es nicht die "einfachen" Tendenzen, die von der Analyse (der Zahlen über die Direktinvestitionen bundesdeutscher Konzerne) bestätigt werden. Es zeigt sich vielmehr eine verstärkte Konzentration auf die westlichen Industrieländer (USA, Westeuropa, Japan) und eine selektive Integration einzelner Standorte der Dritten Welt, wobei die traditionell vorherrschenden Direktinvestitionen in Lateinamerika relativ etwas "zugunsten" von Asien zurückgehen. "Alte" Tendenzen bestehen neben "neuen" fort, regionale und branchenspezifische Sonderentwicklungen überlagern sie zu einem komplexen Bild. Daß dahinter unterschiedliche Internationalisierungsstrategien stecken, zeigt dann auch die Vorstellung von fünfzehn "Unternehmensprofilen" bundesdeutscher Konzerne. Die Integration ausgewählter Standorte der Dritten Welt in die jeweiligen Strategien und deren Veränderungen zeigen dabei wieder einmal auf, was natürlich nichts Neues ist, aber in der Plastizität der Beispiele der crême de la crême des bundesdeutschen Kapitals doch wieder eindrucksvoll bestätigt wird: Daß "Standorte" und das heißt Menschen für die Konzerne letztlich nur als Faktoren der Kosten-Nutzen-Rechnung interessant sind.

Auf etwa 150 Seiten finden sich also eine Menge nützlicher Informationen, und wenn Du vergessen hast, wie das nochmal war mit Manesmann und den Eukalyptusbäumen, kannst Du das Buch gut wieder zur Hand nehmen. Es ist nämlich ein "Handbuch"!

James Dunkerley Der lange Krieg — eine Replik

In LN 154 veröffentlichten wir eine Rezension des Buches 'Der lange Krieg' von James Dunkerley. Der isp-Verlag war mit der Rezension nicht einverstanden und schickte uns seine Version:

Die Redaktion der LN hat es für richtig befunden, in Heft 154 einen Verriß des Buches **Der lange Krieg - Diktatur und Revolution in El Salvador** (isp-Verlag) zu bringen. Diese Kritik fordert zum Widerspruch heraus. Der Autor, James Dunkerley, wird als übler Apologet von unhaltbaren Positionen hingestellt. Als Musterbeispiel dient dem Rezensenten bzw. der Rezensentin, wie der Mord an der Comandante Ana Maria und der eigenhändige Tod von Marcial im April 1983 "auf einer halben Seite" abgehandelt wird. Wer das Buch gelesen hat, wird wissen, daß dies schlicht nicht stimmt. Die Ermordung von Mélida Anaya Montes wird keineswegs mit der Bemerkung abgetan, man wisse eigentlich nichts Genaues. James Dunkerley referiert auf einer halben Seite "die unbestrittenen Fakten über die traurigen Ereignisse vom April 1983" (S. 274); ihrer Analyse widmet er jedoch den größten Teil seiner Ausführungen zu den Entwicklungen von Anfang 1982 bis Ende 1984 im Lager der revolutionären und Volksorganisationen (S. 272 - 278). Gerät nicht alleine schon damit die Argumentation der Rezension ins Wanken, die sich wesentlich auf diesen Punkt stützt, um von "Heuchelei", "Schönfärberei", "Tricksereien" zu sprechen?

Die Kommuniqués der FPL und FMLN zu den Auseinandersetzungen in den FPL lassen für James Dunkerley mehr als eine Frage offen. Er kritisiert die Morde an Ana Maria (und Roque Dalton) als "verabscheuungswürdig und politisch verkommen" (S. 272). Und derselbe Autor, für den solche Akte mit revolutionärer Gewalt, revolutionärer Politik und revolutionärer Moral nicht das Geringste zu tun haben, soll bei der FMLN Phänomene übersehen, "welche ahnen lassen, daß ihr Demokratieverständnis stramm in Richtung Moskau weist"? Mal abgesehen davon, daß sich das Problem so gar nicht stellt (vor allem nicht so platt) - im Buch wird genau das ausgesagt, was angeblich übersehen und verschwiegen wird: Die Mitglieder der FPL schienen "auf die Ausführung von Befehlen und die Durchsetzung hierarchischer Autorität fixiert zu sein, außerhalb des Rahmens freier Diskussion und der Grundsätze des demokratischen Zentralismus, den einzigen zuverlässigen Garantien gegen den Einsatz körperlicher Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Streitigkeiten." (S. 272 f.) Und J. Dunkerley erklärt kurz danach, was "demokratischer Zentralismus"

für ihn bedeutet: er schließt das Recht ein, eine Opposition zu bilden, kontroverse Meinungen in der gesamten Organisation bekanntzumachen und für eine andere politische Ausrichtung einzutreten, als die Mehrheit der Leitung sie vertritt. Es dürfte solche, für Teile der FMLN zu offen vorgetragene Kritik sein, die Verhandlungen über eine spanischsprachige Ausgabe dieses Buchs, die in Mexiko erscheinen sollte, scheitern ließen.

Die Mitarbeiter des isp-Verlages stimmen nicht in allen Einzelheiten mit den politischen Positionen von James Dunkerley überein. Insbesondere seine Sympathie für die FPL-"Dissidenten" und ihre Kritik an der Politik der Frentes wird von mir selber nicht geteilt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, wie schwierig es auch für Spezialisten ist, aktuelle Ereignisse in einem Krieg faktenmäßig und analytisch richtig zu beurteilen. Manches sieht der Autor selber inzwischen anders.

Das verweist auf das, was mir an dieser "Buchbesprechung" besonders unzulässig erscheint: es werden ein paar Passagen aus dem im Dezember 1984 abgeschlossenen Nachtrag herausgegriffen (und verdreht dargestellt), zu den übrigen 330 Seiten kein Wort. Der Hauptteil - ohne Anmerkungen und Apparat immerhin 230 Seiten - wurde im Frühjahr 1982 fertiggestellt und stellt die historischen Entwicklungen vor der Gründung der FDR und FMLN und die Ereignisse der Jahre 1979 und 1980 sowie den Beginn des revolutionären bzw. konterrevolutionären Krieges ausführlich dar; der Verfasser geht dabei stets auf die parallelen oder kontrastierenden Entwicklungen in den übrigen Ländern Mittelamerikas ein. Eine Besprechung sollte etwas zu der Frage sagen, ob das Buch den selbstgestellten Anspruch erfüllt, einen engagierten Beitrag zum Verständnis des gesellschaftlichen und politischen Hintergrunds der Geschehnisse in El Salvador zu liefern - oder nicht.

Alle, die an der deutschen Ausgabe mitgearbeitet haben, insbesondere die Lektoren, Christian Geyer und ich, sind absolut damit einverstanden, daß es nicht angeht, im Namen einer "gerechten Sache" und der "antiimperialistischen Solidarität" Differenzen in einer Befreiungsbewegung zu übergehen, Schwächen, Fehler, gar Verbrechen zu verschweigen usw. Wir meinen, daß solche Vorwürfe das von uns veröffentlichte Buch nicht treffen können. James Dunkerley ist nicht jemand, der Verlautbarungen von Comandantes gedankenlos nachplappert oder der seinen Leserinnen und Lesern Sand in die Augen streuen möchte. Sein Buch kann nicht mit dem Etikett "Jubelsolidarität" versehen werden.

Wir waren schon immer der Auffassung, daß die Solidaritätsbewegung (nicht nur zu El Salvador) sich eigenständig und umfassend informieren muß und gar nichts unbesehen nachhaken sollte. In der Rezension wird von Resignation, Zweifel,

Ratlosigkeit gesprochen (wobei sicher eigene Unklarheiten falsch verallgemeinert werden). Eine gewisse Enttäuschung mag unvermeidlich sein - sie sollte jedoch nicht unter dem Vorzeichen "kritische Solidarität" vor lauter Verbitterung zur Aufkündigung jeglicher realer Solidarität führen.

Weder die Revolution in El Salvador noch die internationale Solidarität braucht blinden Optimismus oder eine "Hoffnung auf einen sicheren Sieg", beides Vorwürfe, die gegen James Dunkerley erhoben werden. Es ist zu hoffen, daß möglichst viele sein Buch lesen und sich eine eigene Meinung dazu bilden, ob dies zutrifft oder nicht.

Friedrich Dorn



Comandante Ana María - Mélida Anaya Montes -
ermordet in der Nacht vom 5. zum 6. April 1983 in Managua

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 100, November 1986 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Jubiläumsausgabe Nr. 100!: Das ila-info ist zum 100. Mal erschienen. Die Jubiläumsummer versucht anhand verschiedener Themen einen Rückblick auf die Entwicklung Lateinamerikas und der Solidaritätsbewegung in den vergangenen 10 Jahren zu halten. Sie enthält Beiträge in den sechs Rubriken: Verschuldungskrise / Demokratisierung in Südamerika? / Zentralamerika / Europa und Lateinamerika / Lateinamerika und Wir / Solidaritätsbewegung

blätter des iz3w, Nr. 138, Dezember 1986
Postfach 5328, 7800 Freiburg

Themenschwerpunkt: Kontinuität oder Wandel der Entwicklungspolitik der BRD
Seit vier Jahren ist Jürgen Warnke Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und als solcher Stellvertreter der 'Wende'-Regierung für die Entwicklungspolitik der BRD. Zeit für uns, der Frage nachzugehen, ob, und wenn ja, wie die Wende in diesem Bereich bundesdeutscher Politik stattgefunden hat.
Dazu gibt es einen Überblicksartikel zu den 4 Jahren konservativ-liberaler Entwicklungspolitik, Artikel über die Auswirkungen der Wende auf Mittelamerika und Südostasien sowie der Rüstungsexportpolitik u.v.m.

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 6/86
Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Themenschwerpunkt: Kriegsmacht Südafrika
Mit dem mosambikanischen Präsidenten Samora Machel verlieren die Frontstaaten im Südlichen Afrika eine wichtige Integrationsfigur im Kampf um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit. Nachruf und Kommentar aus Maputo. Ob schuldig am Absturz der Präsidentenmaschine oder nicht: Südafrika sitzt auf der Anklagebank wegen seines trotz geschickter Vertragspolitik andauernden Kriegs gegen die Nachbarn und die eigene Bevölkerung. Berichte über: Einfluß des Militärs im Staat, militärische Propaganda, Krieg in Namibia; Auflistung der Ausrüstung und Aufrüster der Apartheid und der Kosten der Destabilisierung für die Frontstaaten u.v.m.

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 7/86
Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Themenschwerpunkt: "Reformen" in Südafrika
Zusammenstellung der jüngsten Gesetzesrevisionen und warum dieses Facelifting lediglich soziale Veränderungen sanktioniert. Berichte über den Rückzug von IBM und General Motors und den bundesdeutschen Import von südafrikanischer Kohle u.v.m.

epd-Entwicklungspolitik 21/22/86
Friedrichstr. 2 - 6, 6000 Frankfurt 17

Ein literarisches Portrait des Literaturnobelpreisträgers Wole Soyinka - Bilanz der EKD-Synode zur Entwicklungspolitik - 25 Jahre BMZ - Eine neue Phase im Südafrikakonflikt nach dem Tode von Machel - Informationen: Pharma-Kampagne / Gentechnologie statt Gerechtigkeit / Mikroelektronik: weitere Nachteile für die Dritte Welt

Eingegangene Bücher

Taschenkalender '87. "Colonialwaren". Edition diá, St. Gallen / Köln, 1986

Marie Langer: Von Wien bis Managua. Wege einer Psychoanalytikerin. Kore-Verlag, Freiburg, 1986

Heinz-Michael Hauser: Reform der Entwicklungsfinanzierung durch "Automatisierung"? Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1986

Bernd Päschke: Befreiung von unten lernen. Zentralamerikanische Herausforderung theologischer Praxis. edition liberación, Münster, 1986

José Carlos Mariátegui: Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen. Mit einer Einleitung von K. Füssel und einem Nachwort von W. F. Haug. edition Exodus, Freiburg/Schweiz und Argument-Verlag, Berlin, 1986

Jorge Narvaez: Rafael Maroto. Testimonio de un Cura Revolucionario. Chile. Ediciones del SUR, Lausanne, 1986; Bezug in der BRD: LN-Vertrieb

Termin

Der Jugendhof Vlotho und der Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE) laden gemeinsam mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und dem Arbeitskreis 'Lernen und Helfen in Übersee' zu einer Tagung ein:

AUSSERSCHULISCHE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BILDUNG

Erfahrungsaustausch über
Inhalte, Konzeptionen und Rahmenbedingungen

am 9. bis 12. Februar 1987
im Jugendhof Vlotho

Information und Anmeldung bei:
Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Straße 1, 4973 Vlotho,
Telefon: 05733 / 5063

Regionalkarten Carajás und Polonoroeste
sind erschienen. 10,- DM pro Exemplar.



Gesamthochschule Kassel, FB 06
Braillenprojekt
Nora-Plattel-Straße 5, 3500 Kassel

Brasilienkarte: Indianergebiete
und Großprojekte

Maßstab: 1 : 5 000 000

Thematik: Indianergebiete/Indianerdörfer + Wasserkraftwerke + Stauseen + Atomkraftwerke + Zucker- und Alkoholmühlen + Bergbauprojekte + Garimpo + alle bekannten Bodenschätze + aktuelle Waldgrenze des tropischen Regenwaldes + Straßen + Eisenbahnlinien + detailliertes Flußnetz + Naturschutzgebiete

Die Karten dokumentieren zum ersten Mal vollständig Indianerreservate und Indianische Siedlungen außerhalb von Reservaten. Die rechtlich unzureichende Sicherung der meisten Reservate wird durch die Einteilung in vier Kategorien verdeutlicht. Die Bedrohung der Indianer durch Großprojekte und deren Vordringen nach Amazonien wird durch das Verzeichnen von Wasserkraftwerken, Stauseen, Zucker- und Alkoholmühlen deutlich. Infrastrukturprojekte, vor allem die transamazonischen Straßen, durchschneiden Indianergebiete und ermöglichen das Vordringen von Siedlern und das Abholzen des tropischen Regenwaldes. Die aktuelle Waldgrenze macht die Dramatik der Abholzung deutlich.

Hrsg.: CIMI (bras. Indianermisioneret), CEDI (ökumenisches Dokumentationszentrum), IBASE (unabhängiges bras. sozialwiss. Forschungsinstitut), Gesamthochschule Kassel

Brasilienkarte für Einzelbezieher:
21,- DM Karte in Rolle versandt + 11,- DM Porto
21,- DM Karte im Umschlag vers. + 3,- DM Porto
Für Gruppen (ab 10 Expl.) 30% Rabatt

Für Institutionen:
50,- DM Karte in Rolle versandt + 11,- DM Porto
zu beziehen:

Institut für Braillenkunde,
Sunderstraße 15, 4532 Mettingen
Gesamthochschule Kassel, FB 06,
Braillenprojekt,
Nora-Plattel-Straße 5, 3500 Kassel

Im Sommer 1986 erscheinen Regionalkarten mit erweiterten Thematiken zu den Regionen Carajás und Polonoroeste. Im Frühjahr 1987 zu den Regionen Yanomami und Waimiri/Atroari. Der Begleitband zum Kartenwerk erscheint im Sommer 1987

Anzeige

DOKUMENTATION zur Entführung der acht Brigadisten im Mai 1986, ihren Hintergründen und Folgen

Sie dokumentiert detailliert die einzelnen Phasen der Entführung, die Botschaftsbesetzung in Managua, andere Solidaritätsaktionen in der BRD und in Nicaragua, das Verhalten von Bundesregierung und anderen politischen Kräften, die Diskussion um die Fortführung der Brigaden in den nicaraguanischen Kriegsgebieten, die Ermordung von Bernd Koberstein und die Reaktionen in Nicaragua und der BRD, die Medienberichterstattung.

Sie ist zusammengestellt aus Augenzeugenberichten der Entführten, detaillierten Aufzeichnungen über die Botschaftsbesetzung, Erklärungen der Bundesregierung, Presseartikeln auch aus Nicaragua, Stellungnahmen und Analysen aus der Solidaritätsbewegung.

ca 300 S., A4-Format, Preis: DM 20,- + DM 1,10 Versand

Wichtig für unsere Kalkulation: unbedingt schnell bestellen beim

Informationsbüro Nicaragua e.V., Hofaue 51, 5600 Wuppertal
(Scheck/Bargeld/Überweisungsbeleg beilegen; Verwendungszweck: Dokumentation.
Kontonummer 97 67 38, Stadtparkasse Wuppertal, BLZ: 330 500 00)

Bei Bestellungen ab 5 Ex. 10% Rabatt

Sozialdemokratie und Lateinamerika

herausgegeben vom

FDCL

Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika e.V., Berlin

Inhalt: Teil 1 Politik und Geschichte: Tilman Evers: Westdeutsche Sozialdemokratie in Lateinamerika, Stefan Saabach: Aktuelle Lateinamerika-Politik der SPD, Frieda Jering: Sozialistische Internationale, Fernando Mires: Haya de la Torre und der Populismus, Manfred Faßler: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. **Teil 2 Länderstudien:** Nikolaus Solis A., Manuel Rojas B.: Costa Rica, Luiz Ramalho: Brasilien, Wolfgang Heuer: Bolivien, Norbert Ahrens, Hugo Calderon, Jaime Ensigna: Chile. Anhang: Mitglieder der SI, Chronologie, Quellenangaben

416 Seiten, DM 29,80

ISBN 3-923020-02-5

Verlag edition FDCL 3/4, 1982

Vertrieb LN; Vertrieb, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61



***** Wegen anhaltender
US Bedrohung *****
***** verstärkt sich die
Notwendigkeit mehr Gesundheits-
brigadisten/innen nach
Nicaragua zu schicken.
Diese Form der Unterstützung
wird ausschliesslich
aus Spenden finanziert *******

**GESUNDHEITS
BRIGADE**



**Spendenkonto
'Nicaragua'**

Ktnr.: 385 13-105

PschA. Bln. W.

Blz.: 100 100 10

Gesundheitsladen Berlin e.V.

Gneisenaustraße 2 1 Berlin 61

Tel. 030/693 20 90